

9 Dringliche Anträge

9.1 Plabutschtunnel – Lüftung (GR. Eber, KPÖ)

GR Eber:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Den Plabutschtunnel kennt wohl jeder (*lacht*). Es ist Europas mittlerweile zweitlängste doppelröhrige ...

StR Hohensinner:

Bitte ein bisschen eine Ruhe in den Saal einkehren lassen. Diese Nebengespräche bitte einstellen. Entschuldige, Harry, bitte, weil jeder bemüht sich da am Rednerpult und möchte, dass alle zuhören. Danke.

Eber:

Dankeschön. Die Variante durch den Plabutsch wurde seinerzeit gewählt, weil mit den geplanten und ja auch eingebauten umgesetzten Lüftungsanlagen sichergestellt werden sollte, dass die Abluft eben nicht in das Grazer Stadtgebiet ziehen kann. Die Lüftungsanlagen sind so konzipiert, dass sie die Abluft mit den Schadstoffen sozusagen hochhinaus (*lacht*) schleudern in die Inversionsschicht und das Sie dort sehr verdünnt weitergeblasen werden und dann irgendwo natürlich wieder hinunterkommen müssen. Aber eben so weit verdünnt, dass sie dann keine wirklichen Schadstoffe mehr beinhalten. Es wurden also beim Bau dieses Tunnels keine Kosten und Mühen gescheut, um auch bei schlechten Witterungsverhältnissen die Schadstoffausbreitung gezielt steuern zu können. Damit ist eine Verminderung der Schadstoffemissionen für das Grazer Becken gegeben, heißt es in der Schrift „Der Plabutschtunnel - Entlastung einer Stadt“, die damals zur Eröffnung der ersten Röhre von der Landesbaudirektion herausgegeben wurde. Nachdem im Laufe der Zeit die Kapazitätsgrenze für den Tunnel erreicht wurde, wurde eben eine zweite Röhre errichtet, wiederum mit sehr aufwendigen Lüftungsanlagen und in den Projektunterlagen wurde dazu ausgeführt,

dass damit gewährleistet ist, dass keine Schadstoffe austreten und die Stadt Graz durch keine Abluft der Fahrzeuge aus dem Plabutsch belastet wird. Das wurde herausgegeben im Jänner 2004 von der damals zuständigen Fachabteilung des Landes. Allerdings nach der Errichtung der Weströhre und der Totalsanierung der Oströhre waren beide Röhren also befahrbar und zu diesem Zeitpunkt befand also die ASFINAG, dass es nun möglich sei, die sogenannte Vollquerlüftung durch die nunmehr vorhandene Selbstentlüftung abzuschalten. Selbstentlüftung bedeutet eben, dass durch Sog- und Druckwirkung die Schadstoffe an den Tunnelportalen sozusagen hinausgeblasen werden. Als Grund für diese Abschaltung wurden vor allem die Stromkosten genannt. Diese belaufen sich derzeit auf rund € 50.000,-- monatlich. Bei einem ständigen Vollbetrieb der Lüftungsanlagen würden die Stromkosten vielleicht auf 2,5 Millionen Euro jährlich sich belaufen. Dazu muss man aber wissen, dass eben die ASFINA beispielsweise im Jahr 2017 einen Jahresüberschuss nach Steuern von € 720 Millionen Euro erwirtschaftet hat. Die Abschaltung dieser Vollquerlüftung bringt nur mit sich, dass sämtliche Abgase eben über die beiden Portale ausströmen und dass sich dadurch erhöhte Schadstoffwerte in diesen Bereichen ergeben, versteht sich eigentlich ja von selbst. Wobei das Problem natürlich vor allem in dem südlichen Bereich ist.

Ich darf daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag zur dringlichen Behandlung stellen: Die Stadt Graz tritt an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie mit dem Ersuchen heran, dafür zu sorgen, dass zumindest in Zeiten der absehbaren Überschreitung der zulässigen Schadstoffmengen in der Grazer Luft die installierte Lüftung im Plabutschtunnel in Betrieb genommen wird, sofern nicht überhaupt im Sinne des Umweltschutzes und der Gesundheit der Grazer Bevölkerung ein Dauerbetrieb geboten ist.

Also es geht in diesem Antrag zunächst einmal darum, dass vor allem an den Feinstaubüberschreitungstagen diese Lüftungsanlagen in Betrieb genommen werden. Ich ersuche um Annahme. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Mit dem Bau und der Eröffnung des Plabutschtunnels im Jahr 1987 wurde der steigenden Verkehrsbelastung Rechnung getragen. Mit dem Bau der zweiten Tunnelröhre wurde der Plabutschtunnel 2004 mit rund 10 km zum längsten, mittlerweile zweitlängsten Doppelröhrentunnel Europas.

Die Variante durch den Plabutsch wurde seinerzeit gewählt, weil mit den geplanten - und umgesetzten - Lüftungsanlagen sichergestellt werden sollte, dass die Abluft nicht in das Grazer Stadtgebiet ziehen kann. Um die Abluft über die Inversionsschicht zu führen, ist beim Südschacht ein etwa 210 Meter langer, in den Hang gebetteter, 35 Grad geneigter Abluftkanal gebaut worden. Die markantesten Schachtkopfbauten sind die 25 Meter über das umgebende Gelände ragenden Ablufttürme mit 6,7 m Durchmesser. Unmittelbar davor sind im Abluftkanal die Schalldämpfer situiert, um Lärmemissionen zu verhindern. In der Oströhre, also in der älteren Tunnelröhre, wurden fünf Lüftungsabschnitte errichtet, mit einer Leistung von je 340 kW und einem Volumenstrom von 193 m³/sec.

Es wurden also beim Bau des Tunnels und der Lüftungsanlagen keine Kosten und Mühen gescheut, um auch bei schlechten Witterungsverhältnissen die Schadstoffausbreitung gezielt steuern zu können. Ziel war, Schadstoffe aus dem Tunnel in höhere Luftschichten zu blasen, wo sie soweit verdünnt werden, dass „weder in der näheren noch weiteren Umgebung der Ablufttürme schädliche Abgaskonzentrationen zu erwarten sind ... Damit ist eine Verminderung der Schadstoffemissionen für das Grazer Becken gegeben“, heißt es in der Schrift „Der Plabutschtunnel - Entlastung einer Stadt“, herausgegeben von der Landesbaudirektion im Juni 1987.

Die Oströhre erreichte im Laufe der Zeit mit über 23.000 Kfz pro Tag ihre Kapazitätsgrenze. Auch bei der Errichtung der zweiten Tunnelröhre wurden wiederum aufwändige Lüftungsanlagen eingebaut. In den Projektunterlagen wird dazu ausgeführt, dass „damit gewährleistet ist, dass keine Schadstoffe austreten und die

*Stadt Graz durch keine Abluft der Fahrzeuge aus dem Plabutsch belastet wird“
(Plabutschunnel - Europas längster 2-röhriger Straßentunnel mit Vollquerlüftung,
Stmk. Landesregierung, Fachabteilung 18A, Jänner 2004).*

*Nach der Errichtung der Weströhre und der Totalsanierung der Oströhre waren beide
Röhren des Plabutschunnels ab Ende 2004 befahrbar.*

*Ab diesem Zeitpunkt befand die ASFINAG, dass es nun möglich sei, die Vollquerlüftung
durch die nunmehr vorhandene Selbstentlüftung abzuschalten. Als Grund für die
Abschaltung wurden die Stromkosten genannt, die derzeit bei rund € 50.000, --
monatlich liegen. Bei einem ständigen Vollbetrieb der Lüftungsanlagen würden die
Stromkosten wohl auf gut 2,5 Millionen Euro jährlich steigen. Dass aber selbst dieser
Betrag noch verkraftbar wäre, zeigt der Jahresabschluss der ASFINAG für 2017:
€ 720.000.000, -- nach Steuern beträgt der Jahresüberschuss.*

*Die Abschaltung der Vollquerlüftung bringt mit sich, dass sämtliche Abgase, Feinstaub,
NOx, SOx u. a. ungefiltert und zur Gänze bei den beiden Portalen ausströmen. Dass sich
dadurch erhöhte Schadstoffwerte in diesen Bereichen ergeben, versteht sich wohl fast
von selbst.*

*Für uns sollte es selbstverständlich sein, dass die Gesundheit der Grazerinnen und
Grazer Vorrang vor den finanziellen Einsparungswünschen der ASFINAG hat.*

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

*Die Stadt Graz tritt an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
mit dem Ersuchen heran, dafür zu sorgen, dass zumindest in Zeiten der (absehbaren)
Überschreitung der zulässigen Schadstoffmengen in der Grazer Luft die installierte
Lüftung im Plabutschunnel in Betrieb genommen wird, sofern nicht überhaupt im*

Sinne des Umweltschutzes und der Gesundheit der Grazer Bevölkerung ein Dauerbetrieb geboten ist.

StRⁱⁿ Wirnsberger:

Werte Gäste auf der Galerie, geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderatssitzungssaal, lieber Antragssteller. Ich möchte gleich vorwegschicken, die Fraktion der Grünen wird diesem Antrag zustimmen. Wir werden auch gerne an das Ministerium herantreten, so wie das auch schon in der Vergangenheit der Fall war. Ich möchte da nur ganz kurz erläutern, was wir in der Vergangenheit diesbezüglich bereits getan haben und das Thema ist ja leider schon ein alter Hut. 2012 hat meine Vorgängerin, die Umweltstadträtin Lisa Rücker, ein Schreiben an den Verkehrs- und Umweltlandesrat, damals Herr Kurzmann, verfasst mit eben diesem Ansinnen, die Lüftung einzuschalten, die Antwort war, dass die Anordnung zur Aktivierung der Tunnellüftung rechtlich leider nicht möglich ist. 2014 Kontaktaufnahme mit dem Bundesministerium, so wie du das jetzt eben auch in deinem Antrag ersuchst, damals war das die Ministerin Doris Bures, die Antwort war dieselbe. Es besteht keine grundsätzliche Verpflichtung für die ASFINAG, die Tunnellüftung dauerhaft einzuschalten. Daraufhin Gespräche mit der ASFINAG, die leider eben auch nicht dazu geführt haben, dass die ASFINAG diesem Ansinnen nachkommt. Wie gesagt, wir machen das aber gerne auch noch einmal, weil ich natürlich der absoluten Überzeugung bin, dass jeder noch so kleine Schritt sinnvoll ist, wenn es darum geht, die drastische Luftbelastung in Graz zu verringern. Ich möchte aber hier auch sagen, es ist leider nicht mehr. Es ist ein kleiner Schritt in diese Richtung, aber bitte vermitteln wir nicht, dass das der große Wurf wäre, wenn hier diese Lüftung eingeschalten werden würde. Es besteht höhere Luftbelastung, Südportal ganz massiv, nämlich deshalb, weil dort der Verteilerkreis Webling sich befindet, weil die Kärntner Straße sich befindet dort, die Straßganger Straße, weil eben dort sehr starke Verkehrsbelastung ohnehin herrscht. Und ich habe jetzt gesehen, ihr habt auch in den sozialen Medien eine Zahl genannt, bis zu 41.000 Fahrzeuge fahren an Spitzauslastungstagen durch diesen Tunnel hindurch. Das Problem, das wir haben,

sind nicht die nicht eingeschalteten Lüftungen. Das Hauptproblem, das wir haben, sondern das sind genau diese 41.000 Fahrzeuge, das sind die zu vielen gefahrenen Kilometer, die wir in Graz haben. Das ist der Grund, warum wir eine hohe Luftbelastung haben und das ist auch der Hauptgrund und das ist der Ansatz, wo wir endlich hinmüssen. Wir brauchen eine Verkehrswende, wir brauchen ein Umdenken und wir brauchen eine Reduktion des Individualverkehrs für die ...

Unverständlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates.

StRⁱⁿ Wirnsberger:

... Gesundheit der Grazerinnen und Grazer. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

GR Topf:

Ja, ich werde kurz begründen, Herr Vorsitzender, Frau Stadträtin, lieber Antragsteller, wieso wir der Dringlichkeit in der Form nicht zustimmen können. Die Situation ist folgende: Wie gesagt, diese Situation des Plabutschunnels mit der Entlüftung vertikal und jetzt auch horizontal, was du angesprochen hast, ist es schon über Jahrzehnte, könnte man schon fast sagen, immer wieder Thema gewesen. Und jetzt möchte ich aber schon auf fachliche Aspekte zurückgreifen, die insbesondere auch im Auftrag des Umweltamtes, seinerzeit Lisa Rücker, hat ja die Fachabteilung 17c, das ist die alte Bezeichnung der zuständigen Fachabteilung im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, gibt es eine sehr umfangreiche Bewertung der Situation, wie die Belüftungen betrieben werden, das war im Dezember 2011, das eben im Auftrag des Umweltamtes hat stattgefunden. Und da wurde schon kritisch angemerkt, wenn man sich das anschaut, dass es natürlicherweise, und die Frau Stadträtin hat das durchaus richtig angesprochen, durchaus im Südportal es zu Erhöhungen von Grenzwerten kommt. Man ist aber aufgrund der Modellierung durchaus zum Schluss gekommen,

dass insbesondere durch den starken Verkehr im Süden, also Weblinger Kreis, Kärntner Straße usw. hier diese Belastungen zu Tage treten. Es wird sehr intensiv darüber gesprochen, ob es überhaupt sinnvoll wäre, so hohe Energieleistung einzusetzen, um möglicherweise das eine oder andere Nanogramm pro Kubikmeter zu reduzieren. Denn die Energie, die eingesetzt werden müsste, würde ein Vielfaches an Co₂-Emissionen jetzt äquivalent erzeugen, als dass wir hier einen Nutzen von dieser Entlüftung hätten (*Allgem. Appl*), das ist die Situation. Also ich glaube nicht, dass es mit einer verstärkten vertikalen Entlüftung sozusagen versus Schub und Druck, das du richtigerweise angeführt hast, hier zu einer sinnvollen Entlüftungssituation kommen würde. Ich würde aber meinen, das Thema ist nach wie vor brisant, keine Frage, und ich würde bitten, Frau Umweltstadträtin und vielleicht auch du, liebe Astrid, dass wir dieses Thema mit den neuen Aspekten allenfalls auch mit einer neuen Modellierung nochmalig im Detail im Umweltausschuss aufgreifen, damit wir auch tatsächlich in der Argumentation auch mit der betroffenen Bevölkerung im Süden des Plabutschunnels, Südportal, es wirklich doch ein Punkt, den man aus umwelthygienischen Gründen anschauen muss, dass man uns das im Umweltausschuss in Bälde, wenn ich das so sagen darf, noch einmal im Detail anschauen. Ich würde also die Dringlichkeit hier nicht sehen, sondern wir haben entsprechende Unterlagen, die aber insbesondere auch auf den Einsatz der Energie in Richtung vertikaler Entlüftung gehen (*Allgem. Appl*).

GRⁱⁿ Marak-Fischer:

Geschätzter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne. Ich sage einmal danke für diesen Antrag. Ich glaube, das ist wichtig, dass wir wieder einmal über dieses Thema sprechen. Auch unsere Fraktion hat in den letzten Jahren sich mit diesem Thema immer wieder einmal beschäftigt und speziell auch Anträge dazu gestellt. Aus meiner Sicht dreht sich in dieser Frage alles um die Frage, wie viel darf die Gesundheit von Menschen in unserer Stadt kosten? Wie viel darf die Gesundheit von Menschen genau in dieser Region im Südwesten von Graz

kosten? Wie viel darf die Lebensqualität kosten? Und wie viel darf auch die Lungengesundheit der kleinen Kinder, die nämlich am meisten darunter leiden, wenn sie in einer Umgebung aufwachsen, die mit so einer Schadstoffbelastung belastet ist, kosten? Und aus meiner Sicht gar nicht genug, denn das ist unsere Aufgabe als Kommunalpolitik, das ist unsere Aufgabe als Stadt, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder, dass unsere Menschen in einer lebenswerten und gesunden Umgebung aufwachsen. Dass man hier dann die Stromkosten hochrechnet und sich die ASFINAG vieles erspart, indem sie einfach die vorhandene Lüftung nicht einschaltet, ist aus meiner Sicht nicht sehr verantwortungsvoll. Noch weniger verantwortungsvoll wäre es allerdings, wenn wir als Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen, wenn ihr als ÖVP und FPÖ dann sagt, na, das ist nicht ganz garantiert, na, das schauen wir uns noch an. Aus meiner Sicht ein sinnvoller Antrag, wo ja nicht mehr drinsteht, als dass wir es wieder versuchen, mit der ASFINAG zu besprechen. Und das ist unsere, denn wir sind nicht unparteiisch in dieser Sicht, wir sind parteiisch für die Menschen in dieser Stadt und aus diesem Grund müssen wir uns dafür einsetzen, und wir werden jedenfalls dafür stimmen und ich halte es wirklich für bedenklich, dass ihr das nicht für dringend erachtet (*Allgem. Appl.*).

GR Lohr:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrter Antragsteller. Der Plabutschunnel ja beschäftigt uns schon viele Jahre. Auch wir haben uns natürlich, wie wir den Verkehrsstadtrat gestellt haben, die Expertisen eingeholt. Der Kollege Topf hat es ausgeführt, ich werde ihn da noch einmal unterstützen und die Argumente noch einmal unterstreichen. Wir haben also dieses Thema schon viermal herinnen exerziert, möglicherweise gibt es jetzt natürlich neue Analysen und Ergebnisse und das schauen wir uns gerne im Umweltausschuss an. Genau dort gehört es hin. Wir werden jetzt nicht wieder eine Petition an den Bund schicken oder dem Bund da eine Verantwortung aufbürden, wo wir uns in der Steiermark noch nicht einmal einig sind. In der Kleinen Zeitung werden heute auch wieder unterschiedliche Ansichten zitiert,

also das Landesreferat für Luftreinhaltung im Land sagt, es sieht die Notwendigkeit nicht gegeben, verweist auf die Stromkosten, haben wir schon gesagt. Es kommt natürlich auch darauf an, wo wird dieser Strom produziert. Wenn das Wasserkraft wäre, kann man wieder sagen, es ist vertretbar, wenn man dann woanders eine Staubquelle haben, eher nicht. Dann die ASFINAG hat das auch schon mehrmals geprüft, ist negativ, also da sieht man gar keine Möglichkeit, dass da ein Bundesminister sich da dann irgendwie noch einmal darüber hinwegsetzt. Also wir werden die Hausaufgaben einmal bei uns machen. Die Frau Stadträtin hat hier groß aufgezeigt, jawohl, dann laden wir diese Experten, und sollte es neue Expertisen geben, die auf den Tisch gemeinsam ein. Weil ich glaube auch, wenn man jetzt diese Lüftung aufdrehen würde, wer garantiert uns das, dass da nicht der Feinstaub vielleicht in Eggenberg oder in Wetzelsdorf herunterrieselt? Auch da müssen wir uns natürlich zuerst einmal die Zahlen und Fakten hereinholen, sonst würden wir die Bürger ja nur zusätzlich belasten. Also dringlich ist das Thema in dem Sinn nicht, dass man das an den Bund vertagen, sondern dringlich gehört das Thema in den Umweltausschuss (*Allgem. Appl.*).

GR Piffl-Percevic:

Sehr geehrter Gemeinderat, liebe Kollegin Alexandra Marak-Fischer. Ich habe mit meinen Ohren gehört einzig das Argument, dass diese Stromerzeugung um diesen Betrag in Wirklichkeit mehr Co2-Ausstoß oder einen zusätzlichen Co2-Ausstoß oder äquivalent zur Folge haben würde. Ich habe nicht gehört das Argument aus den Worten, das allerdings im Antrag enthalten ist, dass es hier eine Ersparnis für die ASFINAG gäbe. Kollege Topf hat das nicht gesagt. Ich wollte das nur richtigstellen (*Allgem. Appl.*).

Eber:

Danke, Herr Vorsitzender. Ja, so wie es aussieht, keine Dringlichkeit für diesen Antrag. Ich sehe das aber nach dieser kurzen Diskussion (*lacht*) dennoch nicht ganz negativ. Der Kollege Lohr hat immerhin zugesagt, dass das in den Umweltausschuss kommen soll und dort auch intensiver noch behandelt werden soll. Es soll natürlich auch, denke ich mir, mit der ASFINAG, mit anderen Stellen in Stadt und Land die Diskussion gesucht werden. Na, den Herr Kurz (*lacht*) erspare ich mir jetzt, was der schon gesagt hat, und was natürlich auch sehr erfreulich ist, die Aussage von der Kollegin Stadträtin Wirnsberger, also ist ja nicht ausgeschlossen, dass man das sozusagen auf Umwelt- und Verkehrsebene durchaus auch sozusagen (*lacht*) noch viel bringen kann, auch wenn jetzt der Gemeinderat da hier die Dringlichkeit nicht sieht. Mir wichtig ist, mein Hinweis darauf, es geht nicht darum, dass diese Lüftung jetzt Tag und Nacht rund um die Uhr laufen soll und dann sind alle Probleme gelöst. Das erwartet sich niemand. Da hat die Frau Umweltstadträtin Tina Wirnsberger natürlich völlig Recht. Es ist ein kleiner Schritt, ein kleiner Beitrag, in den hochbelasteten Wintertagen vor allem, um die Luftgüte etwas in Griff zu bekommen. Aber kann natürlich keine Lösung sein und da braucht es natürlich dann sowieso ganz andere Maßnahmen. Gut, in diesem Sinne ein Dankeschön für die Zustimmung an SPÖ und Grüne vor allem auch und ja, wir bleiben an diesem Thema ja dennoch dran, gemeinsam. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos).

**9.2 Niederschwelliger Zugang zu direktdemokratischen Entscheidungsprozessen
(GR. Mag. Sippel, FPÖ)**

GR Sippel:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, werte Zuhörer. Ich bin sehr froh, dass wir wieder so intensiv über direkte Demokratie debattieren und uns damit auseinandersetzen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei insgesamt 1,7 Millionen Bürgern bedanken, die den Weg nicht gescheut haben, auf die Ämter zu gehen und insgesamt drei Volksbegehren unterstützt haben. Es ist ja nicht nur das „Don't Smoke“-Volksbegehren aufgelegt, sondern auch das „Frauenvolksbegehren“ und das Volksbegehren gegen die „ORF-Zwangsgebühren“. Ich glaube, wir sollten in dieser Debatte nicht den Fehler machen, einen Schritt zurückzugehen. Denn was wir brauchen, ist ein Rahmen, ein verfassungsrechtlicher Rahmen, damit wir mehr Demokratie ordentlich in Österreich auch umsetzen und durchführen können. Und was ich für nicht sinnvoll erachte, ist Anlass- oder Zurufgesetzgebung. Bei „Don't Smoke“, das ist zu respektieren, ein großartiges Ergebnis, das sollte uns allen Ansporn sein, das jetzt auch noch schneller zu machen, diese Rahmenbedingungen auch umzusetzen. Weil bis jetzt gibt es die ja nicht, also bis jetzt ist es nicht vorgesehen in unserer Verfassung, dass man aus Volksbegehren Volksabstimmungen macht. Diese Regelung gibt es nirgends und ich kann mich jetzt nicht erinnern, dass beispielsweise, weil du mich so anschaust, Michi Ehmann, dass jetzt in der SPÖ geführten Regierung der letzten Periode oder auch bei der Periode davor, dass da irgendwelche Aktivitäten in diese Richtung stattgefunden haben. Dort, wo die SPÖ regiert, wird direkte Demokratie blockiert, beispielsweise im Land Steiermark. Also wie lange warten wir schon auf die Novellierung des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes? Dass man da auch in Graz einmal, wir als Gemeinderat, da relativ einfach auch direkte Demokratie leben können. Also da passiert nichts, da blockiert auch die SPÖ und das finde ich sehr, sehr schade. Aber siehe diesen Antrag von mir auch als Einladung, dass man da gemeinsam ein Signal auch noch nach Wien hinaus senden, dass das vielleicht schneller geht, als das die Regierung in Wien vorgesehen hat. Nämlich, dass man das vor 20/21 schaffen, da

auch Regelungen in die Verfassung zu bekommen. Dass man niederschwelligeren Zugang zur direkten Demokratie schaffen. Ich glaube, auch ein starkes Zeichen von Graz wäre da durchaus sinnvoll. Deshalb auch mein heutiger Antrag. Der Antragstext liegt vor. Ich mache jetzt diese Leseübung nicht und ich bitte um größtmögliche Zustimmung. Danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die FPÖ Graz hat in der Vergangenheit wiederkehrend die Stärkung direktdemokratischer Beteiligungsprozesse eingefordert. Dies war seit jeher eine grundsätzliche und von der jeweiligen Materie losgelöste Forderung. Die dabei wesentliche Zielsetzung war und ist es, die Systematik der direkten Demokratie dahingehend anzupassen, dass eine zwingend durchzuführende und rechtlich bindende Volksabstimmung durch den Willensbildungsprozess des Wählers am Wege eines Volksbegehrens erwirkt werden kann.

Eine dahingehende Stärkung der direkten Demokratie in Österreich würde ferner gewährleisten, dass eine politische Gewichtung je nach Themenstellung und Stimmenzahl nicht mehr zu erfolgen hätte. Wir halten es für problematisch, wenn zur Disposition stehende Bürgeranliegen nach politischer Gefälligkeit gereiht werden. Ein Anlassfall, der uns wieder gezeigt hat, wie wichtig die Teilhabe der Bürger an solchen Prozessen ist, ist die gegenwärtige Debatte über ein einheitliches Bekenntnis der Stadt Graz zum „Don't Smoke“-Volksbegehren. Es besteht die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Herangehensweise an das Thema der direkten Demokratie. Gerade die gegenwärtige Situation führt uns vor Augen, dass die Zugangsschwellen zu direktdemokratischen Entscheidungsprozessen umgehend herabgesenkt werden müssen.

Es ist daher dringend notwendig, dem mündigen Bürger ein Instrument direkter Demokratie anzuvertrauen, das in seinem Prozedere unzweideutig, transparent und zuverlässig zur Anwendung kommen kann, und das am Ende des Prozesses dem Gesetzgeber einen klaren Auftrag übermitteln soll.

Es ergeht daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehender

dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz erkennt vor dem Hintergrund der gegenwärtig im Fokus stehenden Volksbegehren die dringende Notwendigkeit einer Stärkung der Instrumente direktdemokratischer Entscheidungsprozesse.

Die Stadt Graz tritt daher am Petitionswege an die Bundesregierung heran und ersucht mit Nachdruck darum, die derzeit geltende Systematik direktdemokratischer Instrumente einer grundlegenden Erneuerung zu unterziehen. Ziel dabei soll es sein, dass die Unterstützung eines Volksbegehrens von zumindest 250.000 Unterstützern bzw. 4 % der zum Nationalrat wahlberechtigten Bürger zwingend die Abhaltung einer rechtlich bindenden Volksabstimmung herbeiführt.

Besonderes Augenmerk soll darauf gerichtet werden, dass ein für den Bürger transparentes Prozedere sowie die Unabhängigkeit innerhalb des Entscheidungsprozesses gewährleistet werden.

GRⁱⁿ **Ussner:**

Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne, liebe Gemeinderatskollegen. Ein Volksbegehren ist unser Ansicht nach einer Volksabstimmung in Zukunft dann auch verpflichtend zu unterziehen, wenn es von zumindest 150.000 Stimmberechtigten unterschrieben wurde, Zitat Heinz-Christian Strache. Volksabstimmungen sollten aber auf 250.000 Unterstützungserklärungen verbindlich notwendig werden, Zitat Heinz-Christian Strache. Beim „Don't Smoke“-Volksbegehren waren es dann plötzlich satte 900.000 Unterstützungserklärungen, die es dafür gebraucht hätte. Im Endeffekt ist es dann durchgesickert, dass sogar eine Million nicht gereicht hätte. Aber wie wir alle wissen und schon oft mitbekommen haben, ändert die Regierungsbeteiligung der FPÖ dann auch ganz schnell die Prinzipien, für die sie vorher gestanden sind. Und eigentlich würde dieses Thema genau die ganze Beteiligungsgeschichte normalerweise zu so einem Zeitpunkt jede normale Partei ruhen lassen und sich nicht dieser Blöße noch einmal aussetzen (*lacht*), was da eigentlich passiert ist und dass man so knallhart dann beim beinharten Belügen von Wählern und Wählerinnen erwischt worden ist. Aber ihr nicht, ihr müsst noch einmal einen Antrag dazu machen. Also aber bitte, glaubt nicht, dass ihr damit irgendwie davon ablenken könnt, dass ihr ausschließlich dann für Beteiligung seid, wenn es um eure Interessen geht. Weil das ist mittlerweile wirklich klar geworden. Also, ich weiß nicht, was das bezwecken soll, lieber Herr Kollege Sippel, aber ich kann mich nur trotzdem sehr herzlich für diesen Antrag bedanken, weil er bei vielen, vielen Leuten zu herzhaften Lachern (*lacht*) geführt hat. Nichtsdestotrotz ist die Beteiligung ein irrsinnig wichtiges Thema und inhaltlich ist an dem Antrag selbst fast nichts auszusetzen, muss man ehrlicherweise sagen. Aber, was uns einfach auch noch bei dem Antrag, speziell in Zeiten wie jetzt, einfach ganz klar fehlt und als unverzichtbar erscheint, ist eine Betonung darauf, dass direkte demokratische Instrumente niemals unsere Menschenrechte, unsere Verfassung oder Grund- bzw. Minderheitenrechte aushebeln oder beschneiden dürfen. Also, das muss ganz klar sein.

Zwischenruf GR **Topf** unverständlich.

Ussner:

Aber dann, dann muss man das da auch hineinschreiben auch in den Antrag.

Deswegen stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Stärkung des Instruments direktdemokratischer Entscheidungsprozesse. Die Stadt Graz tritt daher am Petitionswege an die Bundesregierung heran und ersucht darum, die derzeit vorhandenen Instrumente im obigen Sinne einer Verbesserung zu unterziehen. Ziel soll es sein, dass die Unterstützung eines Volksbegehrens von zumindest 250.000 Unterstützern und Unterstützerinnen bzw. 4 % der zum Nationalrat wahlberechtigten Bürgerinnen zwingend die Abhaltung einer Volksabstimmung herbeigeführt, deren Ergebnis ab einem bestimmten je nach Materie noch zu definierenden Prozentsatz an Beteiligung rechtlich bindend ist. Volksabstimmungen, deren Inhalte gegen die Grund- und Menschenrechte, gegen EU-Recht oder völkerrechtliche Verpflichtungen verstoßen würden, sind jedoch nicht zulässig. Bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

GR Ehmann:

Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen im Gemeinderat, meine verehrten Zuhörerinnen und Zuhörer. Würden wir nicht eine Aufwandsentschädigung erhalten und würden was zahlen müssen beim Eintritt, da hätte ich geglaubt, das ist ein Kabarett. Der Klubobmann Sippel stellt sich da allen Ernstes her und erklärt und beschwört die direkte Demokratie, und die Vertiefung und der Wunsch nach direkter Demokratie hört dann immer in Verantwortung auf. Und das ist auch hier so passiert. Und wenn man sich das so schaut, dass auf Bundesebene, also ich glaube, ich muss

Ihnen oder dir, lieber Armin, ja nicht erklären, dass ihr Regierungsverantwortung trägt, und dass es Mehrheiten gäbe entsprechende im Bund, eben so etwas einzuführen, dagegen spräche ja nichts, muss man nur reden darüber und schauen, ob man das umsetzen kann. Aber an der Schnelligkeit, glaube ich, kann es nicht liegen. Weil der Vorschlag mit 20/21/22, ja was soll sich bis dorthin ändern, was soll da anders sein, in Bezug auf direkte Demokratie? Traut ihr es den Leuten momentan nicht zu? Ist das der Grund? Hoffe ich nicht. Also das heißt, das wäre relativ leicht zum Umsetzen und deswegen verstehe ich den Antrag umso weniger, wenn das auf der gleichen Ebene, auf Bundesebene nämlich, von euch selbst, aber auch von der ÖVP, offensichtlich der Ball hin- und hergespielt wird. Ihr kommt mit der direkten Demokratie, gleichzeitig werden die 900.000 beschworen, ihr sagt dann, 250 täten auch reichen. Gleichzeitig sagt ihr wie damals im EU-Parlament, ich erinnere an die Umfrage zur Abschaffung der Zeitemstellung, da habt ihr 260.000 Stimmen als Regierungsauftrag, als klaren Regierungsauftrag gesehen. 881.000 Stimmen seht ihr jetzt offensichtlich nicht als klaren Regierungsauftrag. Also das ist nicht sehr stringent und ich glaube, dass das wesentlich ist, dass wir hier ein Signal nach Wien schicken, da bin ich ganz bei dir. Wir werden diesen Antrag auch unterstützen, selbstverständlich. Wie gesagt, inhaltlich gibt es da nichts auszusetzen. Aber ich nehme dich auch beim Signal-nach-Wien-schicken beim Wort, weil wir werden heute auch noch einen Dringlichen haben. Ich hoffe, dass, nachdem ja die ÖVP da auch einen Zusatzantrag stellen wird, ja, hier ein Signal nach Wien zu schicken hoffentlich, das werden wir auch unterstützen, natürlich. Was den Grünen Antrag betrifft, ja, nona, es ist halt schon rechtliche Grundlage. Also du kannst auch jetzt über eine Volksbefragung oder -abstimmung die Todesstrafe nicht einführen, z. Bsp. Das heißt, das gibt es schon, das ist schon verankert, das ist auch lege artis und daher muss man das jetzt nicht unbedingt in den Antrag extra noch einmal formulieren. Aber sei es drum. Aber wir werden zustimmen (*Allgem. Appl.*).

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Armin Sippel. Danke für deinen Antrag. Vorweg, den wir auch gerne unterstützen werden, ist für uns nie eine Frage, dass wir Formen der direkten Demokratie stärker etablieren wollen. Wünschenswert wäre es, durchaus zum Teil in deiner Wortmeldung schon angesprochen, dass natürlich auch das Steiermärkische Volksrechtegesetz in diese Richtung auch novelliert wird. Endlich, muss man sagen (*lacht*), weil die Debatte auch hier herinnen dauert ja wirklich schon einige Jahre und da wäre es natürlich höchst an der Zeit. Auch, was den Zusatzantrag der ÖVP dann anbelangt, da hat ja auch der Herr Bürgermeister neulich schon in der Zeitung verlautbaren lassen, dass natürlich da der Publikumsjoker gezogen werden muss, wenn sozusagen nichts mehr geht. Ich bin nur ein bisschen erstaunt, bei welchen Fragen wird der Publikumsjoker gezogen, bei welchen nicht. Da ist es eher so, wenn es auf Bundesebene ist, dann ja, auf Stadtebene dann lieber nicht, wenn es so um Fragen wie Olympia geht oder auch Wetzelsdorf, Grottenhofschule, da möchte man den Publikumsjoker lieber nicht ziehen. Dennoch natürlich also gerne Zustimmung. Zum Abänderungsantrag vielleicht noch ganz kurz von den Grünen. Zum einen sehe ich das auch so, wie das der Michi Ehmann vorher formuliert hat, dass das sowieso ausgeschlossen ist (*lacht*), dass man über Grundrechte abstimmt, zum anderen, und was von uns ein bisschen kritisch gesehen worden ist, das ist die Frage, dass da explizit auch genannt worden ist, Volksabstimmungen, deren Inhalt gegen EU-Recht verstoßen würden, wären nicht zulässig, das sehen wir, möchte fast sagen, naturgemäß (*lacht*) etwas anders. Es ist ja fast so, es ist ja im Umkehrschluss eigentlich sogar so, dass, wenn das EU-Recht dahingehend geändert wird, dass es eine umfassende Umgestaltung der Österreichischen Verfassung beinhaltet, dann müsste sogar zwingend eine Volksabstimmung darüber stattfinden und da würde sich also der Hund mit dem Hahn raufen. Also der Schwanz, in den...

Lautes Durcheinanderreden im Gemeinderatssaal.

Eber:

Also der Dings, also, das würde nicht zusammenpassen (*lacht*). Danke (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

StR Hohensinner:

Wir sind beim Inhalt, wer möchte diskutieren?

GR Pogner:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie schon angekündigt, jetzt kommt der Zusatzantrag, der Zusatzantrag der ÖVP. Vorher noch schnell ein Wort zum Michi. Michi, du hast hier von einem Zirkus gesprochen. Wenn das hier ein Zirkus ist, dann hast ihn du hier hereingebracht, das möchte ich auch nur betonen (*Allgem. Appl.*). Dagegen verwehre ich mich, dass wir hier in der Manage sitzen und du der Zirkusdirektor vielleicht auch noch bist.

Zwischenruf GR Ehmman: Du musst mir folgen können, ich habe Kabarett gesagt.

Pogner:

Ja, exakt 881.569 Österreicherinnen und Österreicher haben die Stimmen für das „Don't Smoke“-Volksbegehren abgegeben und das ist durchaus ein eindrucksvolles Votum, wie wir feststellen konnten. Und wir sind auch als ÖVP natürlich in der Bundesregierung, wie schon heute mehrfach hier erwähnt wurde und mit der Bundesregierung ist für das Jahr 2021 also in Aussicht gestellt, dass dieses Volksbegehren ab 900.000 verpflichtend einer Volksabstimmung zuzuführen sind. Wir selbst sind auch der Meinung, dass man da durchaus etwas mehr Tempo machen kann

und das durchaus auch schneller gehen kann und daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt im Petitionswege an die Österreichische Bundesregierung/an den Österreichischen Nationalrat heran, das Ergebnis des „Don't Smoke“-Volksbegehrens zum Anlass zu nehmen, die Bürgerbeteiligung in Österreich umgehend auszubauen und eine Volksabstimmung zum generellen Rauchverbot in der Gastronomie im gesetzlich vorgegebenen Rahmen durchzuführen.

Ich bitte beim Zusatzantrag um Annahme. Ich danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Exakt 881.569 Österreicherinnen und Österreicher haben kürzlich beim „Don't Smoke“-Volksbegehren ein eindrucksvolles Votum für ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie gesetzt. Auch wenn die Bundesregierung ab dem Jahr 2021 in Aussicht stellt, Volksbegehren mit einer Mindestbeteiligung von 900.000 Unterschriften einer verpflichtenden Volksabstimmung zuzuführen, sind wir der Ansicht, dass die Zeit bis dahin nicht ungenutzt verstreichen darf. Dem besonderen Schutz der Nichtraucher – in allen anderen europäischen Ländern längst gelebte Praxis – fühlen auch wir uns verpflichtet und daher sollte selbigem auch hierzulande oberste Priorität eingeräumt und parteipolitische Interessen, insbesondere, wenn sie Fragen der Gesundheit unserer Bevölkerung betreffen, hintangestellt werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionswege an die Österreichische Bundesregierung und an den Österreichischen Nationalrat heran, das Ergebnis des „Don't Smoke“-Volksbegehrens zum Anlass zu nehmen, die Bürgerbeteiligung in Österreich umgehend auszubauen und eine Volksabstimmung zum generellen Rauchverbot in der Gastronomie im gesetzlich vorgegebenen Rahmen durchzuführen.

Ehmann:

Es ist keine Wortmeldung, es ist eine tatsächliche Berichtigung. Kollege Pogner, ich berichtige tatsächlich. Ich habe nicht gesagt, dass wir im Zirkus sitzen und ich der Zirkusdirektor bin und das eine Manage sei. Ich habe gesagt, wenn wir keine Aufwandsentschädigung erhalten würden und wir würden beim Eingang einen Eintritt zahlen müssen, hätte ich geglaubt, ich bin im Kabarett. Danke (*Allgem. Appl.*).

Sippel:

Ich freue mich, dass ich in den Reihen der Grünen und der SPÖ für Lachen Sorge. Ihr habt ja momentan nicht so viel zu lachen. Da tut das, glaube ich, schon ganz gut. Aber direkte Demokratie ist natürlich nicht zum Lachen. Ich glaube, da sind wir uns einig. Ich bin ein ungeduldiger Mensch, das gebe ich zu. Ich würde mir da auch mehr Tempo erwarten. Vielleicht ist mein dringlicher Antrag, aber auch der Zusatzantrag der ÖVP ein Beschleuniger, dass das in Wien da draußen schneller geht. Aber ich möchte schon in Erinnerung rufen, Koalition ist Kompromiss. Das mag einem passen oder auch nicht. Kompromisslosigkeit bedeutet Opposition. Und das ist einfach so. Und das sind die Gegebenheiten der Politik, auf dem Feld könnte es schneller gehen. Da gebe ich euch Recht, aber wer weiß, was wir mit dieser Initiative und diesem Signal in Wien alles auslösen. Noch ganz kurz auch sachlich zum Abänderungsantrag der Grünen: Also das brauchen wir nicht. Das ist eine Fleißaufgabe, dass man da hineinschreiben, dass da gewisse Materien nicht befragt werden können. Ich meine, ich bin jetzt nur ein Teiljurist, gebe ich zu. Aber wir haben den Stufenbau der Rechtsordnung, wir haben

die Bauordnung unserer Verfassung und dort ist das eh ohnehin ausgeschlossen, dass über solche Dinge auch abgestimmt werden kann. Die Verfassungsrechtler sprechen da auch von einer Ewigkeitsgarantie in der Verfassung, nämlich wenn es um die demokratischen Grundprinzipien geht. Das heißt, das ist in Wirklichkeit eine Fleißaufgabe, die so nicht notwendig ist und auch das rechtlich bindend. Ich meine, ich habe es selber hineingeschrieben, aber das ist auch etwas, wo man juristisch diskutieren muss. Weil, wenn wir nämlich mit direktdemokratischen Mitteln die Prinzipien der indirekten Demokratie aushebeln, weil es gibt das freie Mandat, dann ist das auch nicht so ohne. Also, das möchte ich nur auch dazu sagen. Da müssen sich Verfassungsexperten entsprechend auch Gedanken machen und deshalb glaube ich, brauchen wir diesen Zusatz im Grünen Abänderungsantrag nicht. Ich sage aber trotzdem herzlichen Dank für die breite Zustimmung und ich hoffe, in Wien wird, was dieses Signal aus Graz betrifft, auch entsprechend Bedacht genommen. Herzlichen Dank (*Allgem. Appl.*).

Der Abänderungstrag der Grünen-Fraktion wurde (gegen Grüne) abgelehnt.

Der dringliche Antrag der freiheitlichen Fraktion wurde mehrheitlich (gegen Grüne) angenommen.

Der Zusatzantrag, eingebracht von der ÖVP, wurde einstimmig angenommen.

9.3 Das Recht auf Bildung beginnt an der Haustüre - nachhaltige Mobilität bei SchülerInnen (GRⁱⁿ Ussner, Grüne)

GRⁱⁿ Ussner:

Ja, liebe Anwesende. Mein dringlicher Antrag heute bezieht sich auf ein alarmierendes Thema in Graz, nämlich, dass die Kinder nicht mehr Radfahren lernen. Heuer hat es

bei der freiwilligen Radfahrprüfung, an der eh fast 100 % der Volksschüler und Volksschülerinnen teilnehmen, trotzdem eine Durchfallquote von 40 % geben. Und das soll der Stadt wie Graz, die ein immer massiveres Problem mit dem MIV bekommt, eigentlich aufrütteln. Weil, es ist wurscht, auf welcher Straße man gerade im Moment unterwegs ist, es staut an allen Ecken und Enden und es ist alles verstopft. Und das Problem ist eigentlich ein Teufelskreis. Weil die Leute werden ihre Kinder nur dann auf die Straße lassen mit dem Fahrrad, wenn die Straße auch sicher ist. Das ist auch ganz logisch. Und das hängt aber wieder mit der Infrastruktur zusammen, die man einfach Radfahrern und Radfahrerinnen anbietet. Und die ist in Graz halt mehr als dürftig. Und, wenn die Kinder dann aus Sicherheitsgründen schon gar nicht mehr Radfahren lernen, dann besteht auch nur eine geringe Chance, dass sie als Erwachsene aufs Radl steigen. Und dann haben wir halt schlussendlich irgendwann noch mehr MIV. Der berühmte Stadtplaner Jahn Gehl hat das Hauptprinzip des öffentlichen Raumes eigentlich ganz simpel, aber ziemlich treffend dargestellt: Eine lebenswerte Stadt zeichnet sich dadurch aus, dass sich Kinder und ältere Menschen genauso wie alle anderen Leute sicher und frei fortbewegen können, dann hat laut ihm der öffentliche Raum eigentlich Qualität erreicht. Und es ist ja einfach eine ganz prinzipielle Frage, wie wir leben wollen. Wollen wir uns irgendwann nur aus dem Auto heraus gegenseitig anhupen und sobald man aussteigen, in Abgasen ersticken oder arbeitet man auf einen öffentlichen Raum hin, der für alle funktioniert? In dem man sich noch begegnen kann, auf dem Kinder spielen können auf der Straße und in dem auch genug Platz für sanfte Mobilität ist. In der Schweiz ist das Thema schon länger aufgegriffen worden und so weit, dass es sogar in der Bundesverfassung verankert worden ist. Dort ist das Recht auf Bildung und Schulunterricht nämlich direkt verbunden mit dem Recht der Kinder auf einen sicheren Schulweg, und das beschreiben sie dann eben mit dem Motto: Das Recht auf Bildung beginnt an der Haustüre. Und das geht sogar so weit, dass, wenn der Schulweg der Kinder mit unzumutbaren Gefahren verbunden ist, dass die Kantone oder Gemeinden dann dafür verantwortlich sind, die Situation zu verbessern. Und daraus hat sich dann ein ziemlich interessantes Konzept ergeben, nämlich das von den Schulwegplänen. Da werden dann die Gefahrenstellen analysiert und entschärft, eben um den Schulweg für

Kinder per Fuß oder per Rad zu ermöglichen. In Graz ist es natürlich nicht sofort möglich, jetzt für alle Schulen solche Schulwegpläne zu erstellen, aber wir sollten auf alle Fälle darüber nachdenken, uns mit dem Schweizer Modell einfach zu beschäftigen. Und ausprobieren kann man erfolgreiche Modelle von anderen Städten immer. Deshalb stelle ich namens der Grünen Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag:

1. Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, bis Jahresende den Verkehrsausschuss mit dem Problem der fehlenden Radkompetenzen von Kindern zu befassen. Der Ausschuss soll sich dabei insbesondere mit den Daten zu den Durchfallquoten bei der Radfahrprüfung und der Analyse für die Gründe befassen, die demnächst auf Grundlage der Nachschulungen für den Radführerschein von allen Grazer Schulen vorliegen werden. Darüber hinaus sollen dem Ausschuss die bisherigen Erfahrungen mit den umgesetzten Schulstraßen, z. Bsp. Volksschule Andritz, berichtet und, sofern vorhanden, Evaluierungsergebnisse dazu und etwaige Planungen zum Ausbau vorgelegt werden. Weiters sollen entsprechend dem Thema Expertinnen und Experten in den Ausschuss eingeladen werden.
2. Stadträtin Elke Kahr wird darüber hinaus ersucht, bis März 2019 ein Konzept für Schulwegpläne nach Schweizer Vorbild für fünf Grazer Pflichtschulen, in deren Umfeld besonders viele verkehrliche Gefahrenstellen sind, zu erstellen.

Bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Am 23. September 2018 widmet sich die Kleine Zeitung einem alarmierenden Thema: „In Graz verlernen die Kinder das Radfahren“. Zwar nehmen laut Gerhard Weber, Geschäftsführer des Jugendrotkreuzes, fast 100% der Volksschulkinder an der freiwilligen Radfahrprüfung teil, es gab heuer jedoch eine Durchfallquote von 40%. Das

sollte eine Stadt wie Graz, die ein massives und immer stärker werdendes Problem mit dem motorisierten Individualverkehr hat, aufrütteln. Egal ob in der Merangasse, in der Münzgrabenstraße oder am Griesplatz: Die Autos kommen nur schleppend bis gar nicht voran und verstopfen sogar den Weg für den öffentlichen Verkehr und die RadfahrerInnen. Durch den starken Zuzug in die Stadt Graz wird sich das ohne eine aktive Verkehrspolitik, die auf sanfte Mobilität und auf Umverteilung des Straßenraumes zugunsten von ÖV, RadfahrerInnen und FußgängerInnen setzt, auch nicht ändern, sondern zu einem Verkehrskollaps führen.

Es gibt unterschiedliche Konzepte und Ideen, diesen Problemen zu begegnen. Viele davon sind der Stadt bekannt und werden in Dokumenten wie der Mobilitätsstrategie auch gut beschrieben. Die Infrastruktur für sanfte Mobilität ist der eine wichtige Punkt, an dem anzusetzen ist, es geht aber auch darum, wie das Mobilitätsverhalten von Menschen geprägt wird. So werden beispielsweise nur jene regelmäßig ihre Alltagswege in der Stadt mit dem Rad zurücklegen, wenn sie sich am Rad auch sicher fühlen. Dies hängt wiederum neben der Infrastruktur auch damit zusammen, wann und wie gut Kinder das Radfahren erlernen. Wenn Kinder nur unzulänglich Radfahren lernen, dann werden sie auch als Erwachsene nicht zum Rad greifen.

Dass die Radfahrkompetenz der Kinder abnehmen und immer weniger das Rad nutzen, ist nicht wirklich verwunderlich. Schließlich hat der Autoverkehr mit den Jahren deutlich zugenommen und die Radwegeninfrastruktur hinkt an vielen Stellen nach. Damit gibt es jedoch eine Wechselwirkung, die sich im Sinne einer Verkehrsspirale negativ verstärkt. Immer mehr Eltern bringen ihre Kinder mit dem Auto zur Schule und schätzen die Verkehrswege als zu gefährlich ein, um ihren Kindern das Radfahren zu erlauben. Die Kinder haben damit wenig Alltagserfahrung und Praxis beim Radfahren, fühlen sich unsicher und werden dann auch als Jugendliche oder Erwachsene ihre Alltagswege nicht per Rad zurücklegen. Die Alternative ist dann oft genug das Auto, was zu noch mehr Verkehr führt etc.

Der Stadtplaner Jahn Gehl hat sehr einfach, aber treffend definiert, was eine lebenswerte Stadt ausmacht, nämlich, dass sich Kinder und ältere Menschen im öffentlichen Raum genauso sicher und frei fortbewegen können wie alle anderen auch.

In der Schweiz wurde das Thema schon vor Jahren aufgegriffen und hat sogar in der Bundesverfassung seinen Niederschlag gefunden. Das Recht auf Bildung und Schulunterricht ist nämlich dort auch verbunden mit dem Recht der Kinder auf einen sicheren Schulweg. Ist dieser mit unzumutbaren Gefahren verbunden, so müssen Kanton oder Gemeinde Abhilfe schaffen. Der sichere Schulweg liegt somit im Aufgabenbereich der öffentlichen Hand. Im Jahr 2016 wurde in der Schweiz das Projekt der „Schulwegpläne“ gestartet, das unter dem Motto steht: „Der zumutbare Schulweg – das Recht auf Bildung beginnt an der Haustüre“. Gemeinden analysieren dabei Gefahrenquellen und entwickeln verschiedenste Maßnahmen, um die Schulwege zu Fuß oder per Rad sicher zu machen. <https://fussverkehr.ch/aktuell-de/schulwegplaene-fuer-die-fusionierte-gemeinde-riviera/> Natürlich wird es nicht möglich sein, gleich für die ganze Stadt Schulwegpläne zu erstellen, jedoch sollten wir uns als Stadt Graz intensiv mit dem Schweizer Modell beschäftigen, das das Recht der Kinder, ihren Schulweg sicher und selbständig zurückzulegen, in den Mittelpunkt stellt. Von Maßnahmen, die im Rahmen eines solchen Prozesses erarbeitet werden, profitieren - ganz im Sinne von Jahn Gehl - alle Menschen in unserer Stadt.

Im Sinne des obigen Motivenberichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG daher folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, bis Jahresende den Verkehrsausschuss mit dem Problem der fehlenden Radfahrkompetenz von Kindern zu befassen. Der Ausschuss soll sich dabei insbesondere mit den Daten zu den Durchfallquoten bei der Radfahrprüfung und der Analyse für die Gründe befassen, die demnächst auf Grundlage der Nachschulungen für den Radführerschein von allen Grazer Schulen vorliegen werden. Darüber hinaus sollen dem Ausschuss die bisherigen Erfahrungen mit den umgesetzten Schulstraßen (z.B. VS Andritz) berichtet und - sofern vorhanden - Evaluierungsergebnisse dazu und etwaige Planungen zum Ausbau*

vorgelegt werden. Weiters sollen entsprechend dem Thema ExpertInnen in den Ausschuss eingeladen werden.

- 2. Stadträtin Elke Kahr wird darüber hinaus ersucht, bis März 2019 ein Konzept für Schulwegpläne nach Schweizer Vorbild für 5 Grazer Pflichtschulen, in deren Umfeld besonders viele verkehrliche Gefahrenstellen sind, zu erstellen.*

StRⁱⁿ Kahr:

Liebe geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Tamara. Danke für den dringlichen Antrag. Genau dieser Befund, den du gesagt hast, ist uns bekannt. Das ist uns auch schon im Frühjahr mitgeteilt worden, dass bei den VolksschülerInnen bei den Radfahrprüfungen eine immens hohe Durchfallsquote ist. Die Gründe dafür, da gibt es viele, die man sozusagen selbst sieht. Aber wir warten jetzt auch letztendlich auf die Ergebnisse. Und man muss auch da sozusagen das genau sich anschauen, ob das doch passend ist alles. Insoferne haben wir auch mit dem Verkehrsplanungsamt genaue Arbeiten in diese Richtung, dass es da ein großes Verbesserungspotential aus meiner Sicht doch gibt. Gleichzeitig aus dieser Erkenntnis haben wir aber auch gesehen, dass es fehlt an Wissen, das man schon einmal erlernt hat, bei Schülern und Schülerinnen, wenn die älter sind. Da ist wieder sehr viel Wissensverlust da und deshalb haben wir ja auch, wie du weißt, wieder eingeführt, das hat es einmal vor langer Zeit gegeben und man hat dann wieder aufgehört, Radfahrtraining für Schülerinnen und Schüler der fünften und sechsten Klasse. Wir sind in Graz gar nicht so schlecht, was die Schulwegsicherung und Schulwegpläne betrifft, weil die gibt es. Es gibt sie noch nicht für alle Schulen und man kann sich durchaus immer anschauen, was es in anderen Städten oder Länder noch verbesserungswürdig gibt. Was aber ganz klar ist, dass man im Amt und mein Büro an einer verbesserten Situation der Radfahrersituation für Schüler und Schülerinnen arbeitet. Insoferne werden wir im Dezember gerne einen Bericht geben, was bisher schon geleistet wird. Weil ich glaube, dass viele das auch gar nicht wissen. Es wird nämlich sehr, sehr viel gemacht, schon jetzt. Dann können wir auch die Ergebnisse neuerlich präsentieren, und welche Maßnahmen man weiter setzen kann

und soll, wäre dann sicher logisch im nächsten Jahr erneut anzusprechen, ob das der März sein wird, das kann ich natürlich nicht sagen. Deshalb stimmen wir der Dringlichkeit und dem Antrag durchaus zu, auch wenn sozusagen das etwas ist, was sozusagen schon Auftrag ist. Dann wird es noch einmal bestätigt (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR Riegler übernimmt den Vorsitz (15.25 Uhr).

GR Muhr:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen, Kollegen, werte Zuseher auf dem Balkon, liebe Tamara, Antragstellerin. Du wirfst da ein ganz wichtiges Thema auf und es ist ja auch wirklich erschreckend, wie die Durchfallsquote bei dieser Radfahrprüfung ausgegangen ist und es liegt aber ganz klar auf der Hand, dass auch die Pädagoginnen und Pädagogen und auch die Eltern, die sich an die Politik wenden und auch um Lösungsvorschläge und Unterstützung ersuchen, und man muss natürlich, wie die Elke das schon gesagt hat, das sehr genau analysieren, was hier die Gründe sind, warum so eine Durchfallsquote stattgefunden hat. Da gibt es natürlich mehrere und einer ist z. Bsp. auch, dass der Bewegungsraum für die Kinder, also die freien Flächen, wo sie sich einmal frei bewegen können und bevor sie in den Straßenverkehr aktiv eintauchen, immer weniger wird. Also wir versiegeln relativ sehr viel und auch früher hat man in den Siedlungen noch herumfahren können gefahrlos, aber das ist auch jetzt schon fast nicht mehr möglich. Es hat sich auch das Freizeitverhalten natürlich sehr stark verändert. Die Eltern bringen ihre Kinder ja bis zur Haustüre, wenn es möglich ist, sogar in die Schule noch mit dem Auto hinein, wenn es irgendwie geht, in den Hof und tragen sie vielleicht auch noch über die Türschwelle, damit ja nichts passieren kann. Also da hat sich auch sehr viel geändert. Was natürlich auch ein weiterer Grund ist und das betrifft auch die sozial schwächere Schicht. Oft können sie sich nicht einmal ein Fahrrad leisten, also ein gutes Fahrrad, das straßenverkehrstauglich ist. Bei Willhaben kriegt man immer

irgendwelche Billiggeräte, Drahtesel, aber die oft auch nicht der Straßenverkehrsordnung entsprechen. Und ein großer Punkt oder wichtiger Punkt ist eben auch die Gefahr, die, im Straßenverkehr für alle Verkehrsteilnehmer, also für alle Radfahrer, lauert. Ich habe einige Bekannte in meinem Umfeld, wo ich auch weiß, dass die Kinder durchgefallen sind und die haben eben das Problem, dass sie im Straßenverkehr nicht aktiv sich mit den Kindern das üben trauen, weil es zu gefährlich ist, ganz einfach. Und darum sollte man auch diesen Grund mitberücksichtigen, wenn man sich dieses Themas annimmt. Denn eines muss halt man immer Auge behalten, wenn wir den Mäxchen und die Kathy für das Fahrradfahren begeistern und wenn sie auf dem Rad gut unterwegs sind und auch sicher fühlen, werden sie wahrscheinlich die Radfahrprüfung recht gut schaffen und der Herr Maximilian und die Frau Katharina wird dann in weiterer Folge auch ihren Weg zur Arbeitsstätte oder auch in der Freizeit dann das Fahrrad viel eher benutzen als das Auto. Danke. Wir werden das natürlich unterstützen (*Allgem. Appl.*).

GR Spath:

Sehr geehrte Stadtregierung, hoher Gemeinderat. Als Pädagoge ist es mir natürlich ein Anliegen, auch die Schülerinnen und Schüler da ein bisschen zu betrachten, die Beweglichkeit und die Fitness der Schülerinnen und Schüler ist natürlich ein wichtiges Anliegen, auch das Erkennen und das Verhalten im Straßenverkehr. Aber nicht nur die öffentliche Hand ist dafür verantwortlich, denke ich, sie muss die Rahmenbedingungen schaffen, wie es auch im Motivenbericht ja steht. Die Eltern und die Erziehungsberechtigten müssen ebenfalls mit in die Pflicht genommen werden und in die Verantwortung. Dass der Verkehrsausschuss sich mit dem Problem der fehlenden Radfahrkompetenz der Kinder und mit der Umsetzung von Schulstraßen befasst, ist unterstützenswert, die Ausarbeitung eines Konzeptes für Schulwegpläne ist ebenfalls begrüßenswert. Daher stimmt meine Fraktion der Dringlichkeit und auch dem Antrag zu (*Allgem. Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Schleicher:

Hoher Gemeinderat, werte Zuhörer, liebe Kollegin Ussner. Vorweg möchte ich noch kurz Bezug nehmen auf deine Wortmeldung, zum Trolley-Stück was sagen, dass es mich eigentlich schon schockiert, wie groß die Vehemenz ist, die vehemente Abneigung, diese spürbare Negativität, die da zum Ausdruck kommt, allen Fahrern gegenüber, allen Leuten, die einen SUV haben. Da frage ich mich schon, woher kommt das?

Zwischenruf GR Dreisiebner: Können wir bitte zur Sache reden.

Schleicher:

Ja, danke. Woher kommt das? Ist es vielleicht Neid? Nämlich mit dieser extremen Negativität ...

Lautes Lachen im Gemeinderatssitzungssaal (Appl.).

Schleicher:

Nämlich mit dieser extremen Negativität spaltet ihr in Wahrheit die Bevölkerung. Wo ist da eigentlich die immer geforderte Toleranz den Leuten gegenüber, die ein Auto zum Arbeiten brauchen oder den Leuten gegenüber, die ihrer Familie gerne ein sicheres Auto bieten möchten (*Allgem. Appl.*)?

Dass 40 % der Volksschüler bei der Fahrprüfung durchfallen, finde ich auch schockierend. Dem Warum sollten wir auf alle Fälle nachgehen und deshalb werden

wir dem ersten Punkt des Antrages auch zustimmen. Wie der Vorredner, Kollege Spath, schon gesagt hat, finde ich auch, dass für das gute Fahrradfahren die Eltern, vornehmlich verantwortlich sind, genauso für das Üben, damit es alltagstauglich wird. Am Schulweg sollte es dann schon sicher und gefestigt sein. Dem Punkt 2 stimmen wir nicht zu, da das Kuratorium für Verkehrssicherheit in Graz bis jetzt einmal schon für 21 Volksschulen sichere Schulwege erstellt hat. Also bitten wir um getrennte Abstimmung (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr ZuhörerInnen, sehr geehrte Kollegin Schleicher. Ich muss sagen, als Nicht-Autobesitzerin muss ich sagen, na, Neid ist es nicht, weil die wirklich so ein Auto zum Arbeiten brauchen, also die Förster (*lacht*) und vielleicht noch irgendein Landarzt, der den Berg rauffahren muss, denen gestehe ich den SUV gerne zu. In der Stadt macht er halt nicht so viel Sinn. Ein Fernseh-Tipp, es gab da einmal eine ganz gute Sendung dazu, wie dann der SUV-Fahrer den anderen Autofahrer umfährt, und das Kind, weil er es halt nicht sehen kann von oben. Aber jetzt zum eigentlichen Antrag. Ich spreche nicht nur als Politikerin, sondern als Mutter, die ja gerade auch in die Pflicht genommen wurde. Ich war mit meiner Tochter zum Üben für die Fahrradprüfung auf dem ÖAMTC-Übungsplatz, auf dem ja auch die Prüfung abgenommen wird und aus dieser Erfahrung kann ich sagen, dieser Übungsplatz, der entspricht in keinsten Weise einer realen Verkehrssituation. Insofern, selbst wenn die Kinder dort die Prüfung schaffen, ist es nicht garantiert, dass sie sich auch im Straßenverkehr sicher bewegen können. Deswegen kann ich es nur für gut verheißen, dass auch schon bei den vierten Klassen vor der Fahrradprüfung dieses Training, dieses Fahrradtraining auf der Straße stattfindet. Das ist eine ganz wichtige Sache und eigentlich sollten die Prüfungen auch dort abgenommen werden, anstatt auf einem Platz, der wirklich in keinsten Weise der realen Verkehrssituation entspricht (*Appl.*). Zumal es auch, das ist bisher unerwähnt geblieben, keine Alternative mehr zu diesem Platz gibt, seit der Verkehrsgarten im Stadtpark einem Bauprojekt, einem elitären

Bauprojekt zum Opfer gefallen ist (*Appl.*). Und dann möchte ich auch nicht die sein, als aktive Fahrradfahrerin, die ihr Kind vorschickt mit dem Radl zur Schule. Insbesondere in einer Stadt, in der wir in der letzten Sitzung einen Schulstandort beschlossen haben, den haben wir mitbeschlossen, weil gegen Schulen kann man ja kaum sein. Aber wir haben die Kritik damals schon geäußert, dass es zu dieser Schule weder eine öffentliche Verkehrsverbindung geben wird und es ganz schwierig ist, etwas herzustellen, noch gibt es einen Fahrradweg, noch nicht einmal einen Fußweg, das möchte ich zu bedenken geben. Und das müsste eigentlich in einem Konzept, dafür ist nicht die Verkehrsplanung, sondern die Bauplanung zuständig, und die Schulstandorte, die beschlossen werden, das müsste dafür auch berücksichtigt werden, dass die Kinder mit dem Radl zur Schule fahren, weil das tun sie nur, wenn sie sicher fahren können (*Allgem. Appl.*).

Ussner:

Ja ich freue mich über die breite Zustimmung und kann mich dann nur bedanken und danke, Christine, dass du das noch einmal angesprochen hast, weil das ist wirklich ein großes Problem, dass die Kinder, von denen ja sogar jetzt einmal 40 % nicht einmal die Fahrradprüfung schaffen, dann auch wirklich nur in diesem Schonraum üben und die Situation auf der Straße dann wirklich eine komplett andere ist. Da hat es vor Jahren einmal ein Projekt gegeben, wo man mit den Kindern auch zum Üben auf die Straße gegangen ist und das müsste man sich auch überlegen, ob man da ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Das gibt es jetzt wieder.

Ussner:

Gibt es, ok. Ja, gibt es auch wieder, super (*lacht*). Ja das ist wirklich auch wichtig. Ja, danke (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (15.35 Uhr).

Bgm.-Stv. Mag. **Eustacchio**:

Gut, dann steht der Antrag, dass wir die zwei Punkte getrennt abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand für die getrennte Abstimmung. Wer ist für die getrennte Abstimmung? Gegenprobe, einstimmig. Also wir stimmen getrennt ab. Das tun wir auch hiermit. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag Punkt 1. des dringlichen Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag Punkt 2. des dringlichen Antrages wurde (gegen die Stimmen der FPÖ) angenommen.

9.4 Besserer Schutz vor Cyberbelästigung (GRⁱⁿ Wutte, Grüne)

GRⁱⁿ **Wutte**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. In meinem heutigen Antrag geht es um das Thema Cyberbelästigung. Sexistische Übergriffe im Internet, die sogenannte Cyberbelästigung nehmen ja stark zu. Und ein Fall hat es in den letzten Wochen zu trauriger Berühmtheit geschafft, die ehemalige Nationalratsabgeordnete Sigi Maurer fand sich vor Gericht wieder, nachdem sie obszöne Nachrichten eines Mannes öffentlich gemacht hatte, wurde dann aber übler Nachrede verurteilt, während der Mann, der sie sexuell belästigt hat, nicht verurteilt wurde. Die Sigi Maurer selber, ihre Anwältin, aber auch ganz viele Experten sehen darin einen klassischen Fall von Täter-Opfer-Umkehr und ich glaube, es sind sich alle einig darin, dass das eine rechtlich untragbare Situation ist. Auch die Frauenministerin hat sich bereits bereiterklärt, sich für eine Gesetzesänderung stark zu machen. Wie schaut die rechtliche Grundlage aus?

Sowohl die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau als auch die sogenannte Istanbul-Konvention verlangen, Frauen effektiv vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Das meint eben auch verbale sexistische Übergriffe und auch online sexistische Übergriffe. Dieser spezielle Artikel wurde in Österreich bisher noch nicht umgesetzt, sodass verbale sexistische Übergriffe über Social Media nur über den zivilrechtlichen Weg als Ehrenbeleidigung geklagt werden können. Da müsste aber eine zweite Person anwesend sein, was Klagen zusätzlich erschwert. Also man sieht, die rechtliche Lage in Österreich ist eigentlich untragbar. Genau neben dieser juristischen Dimension hat der Fall aber aus meiner Sicht auch eine gesellschaftspolitische. Sigi Maurer hat das öffentlich gemacht, aber es werden ja tagtäglich vor allem Frauen und Mädchen übers Internet und über Social Media sexuell belästigt. Und den wenigsten ist überhaupt bewusst, dass das eine Form von sexuellem Übergriff ist und dass sie sich dagegen auch zur Wehr setzen sollen und können und dass das nicht hingenommen werden kann, wenn über Facebook sexuell belästigt wird. Jetzt ist es ja so, dass es seit diesem Schuljahr digitale Grundbildung an den Schulen gibt, dass das verankert wurde und dass da sehr viele Themen abgedeckt werden. Also da wird alles über Medienkompetenz, Social Media, einfach alles, was das Internet betrifft, abgedeckt, was schon einmal ein erster Schritt in die richtige Richtung ist. Aber ich denke, gerade zu diesen Themen wie Cyberbelästigung, Cybermobbing und Hasspostings, die ganz tief in die persönliche Integrität der betroffenen Menschen gehen, sollen es einfach noch zusätzliche Sensibilisierung und Workshops an Schulen geben. Ich stelle daher namens der Grünen den folgenden

dringlichen Antrag:

1. Die Stadt Graz ersucht die österreichische Bundesregierung auf dem Petitionsweg, bis Jahresende einen effektiven Schutz vor Belästigung im Internet auf gesetzlicher Ebene zu verankern, und
2. Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, in Gespräche mit den zuständigen Stellen zu treten, um bestehende Angebote zum Thema

Belästigung und Hass im Netz auszubauen und an allen steirischen Schulen in der Sekundarstufe I anzubieten.

Ich bitte um Annahme. Danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Besserer Schutz vor Cyberbelästigung

Sexistische Übergriffe im Internet, die so genannte Cyberbelästigung, nehmen stark zu. Ein Fall hat es in den letzten Wochen und Monaten zu trauriger Berühmtheit geschafft: Die ehemalige Nationalratsabgeordnete Sigrid Maurer fand sich vor Gericht wieder, nachdem sie die obszönen Nachrichten eines Mannes öffentlich gemacht hatte – aber nicht, weil sie belästigt worden war, sondern weil der mutmaßliche Verfasser sie in weiterer Folge erfolgreich auf üble Nachrede klagte. Maurer, ihre Anwältin und etliche Expertinnen sehen darin einen klassischen Fall von Täter-Opfer-Umkehr.

Einigkeit besteht darin, dass der Fall von Sigrid Maurer eine Lücke in der jetzigen Gesetzgebung aufzeigt. So sehen auch Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß und Staatssekretärin Karoline Edtstadler dringenden Handlungsbedarf und wollen die Gesetzeslücke in der Taskforce Gewalt- und Sexualdelikte thematisieren.

Sowohl die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) als auch die sogenannte Istanbul-Konvention (Europaratsabkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) verlangen, Frauen effektiv vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Im Artikel 40 der Istanbul-Konvention ist außerdem verankert, dass auch verbale sexistische Übergriffe sanktioniert werden sollen.

Dieser Artikel wurde in Österreich bisher noch nicht umgesetzt, sodass verbale sexistische Übergriffe über Social Media nur über den zivilrechtlichen Weg als Ehrenbeleidigung geklagt werden können. Eine Voraussetzung für Ehrenbeleidigung ist nach österreichischem Recht jedoch, dass die Beleidigung vor mindestens zwei weiteren Personen geäußert wurde, was Klagen zusätzlich erschwert. Diese Voraussetzung, die

Mindestpublizitätserfordernis, gibt es in Deutschland für eine strafrechtliche Verfolgung nicht. Daher wird von ExpertInnen auch eine Gesetzesrevision nach deutschem Vorbild gefordert.

Der Fall Sigrid Maurer hat neben der juristischen Dimension aber auch eine gesellschaftspolitische. Tagtäglich werden unzählige Frauen und Mädchen Opfer von virtueller Belästigung. Den wenigsten ist bewusst, dass sie sich gegen solche Formen von Übergriffen auch zu Wehr setzen können und sollen. Seit dem Schuljahr 2018/19 wird die verbindliche Übung „Digitale Grundbildung“ an allen Schulen der Sekundarstufe I flächendeckend umgesetzt. Diese Übung bietet einen ersten Rahmen, um Cyberbelästigung zu thematisieren. Da das Themenfeld „Digitale Grundbildung“ aber sehr groß und komplex ist, sollten Themen wie Cyberbelästigung, Cybermobbing und Hasspostings, welche die persönliche Integrität der Betroffenen verletzen, beispielsweise im Rahmen von Workshops gesondert angesprochen werden. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Die Stadt Graz ersucht die österreichische Bundesregierung auf dem Petitionsweg, bis Jahresende einen effektiven Schutz vor Belästigung im Internet auf gesetzlicher Ebene zu verankern.*
- 2.) Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, in Gespräche mit den zuständigen Stellen zu treten, um bestehende Angebote zum Thema Belästigung und Hass im Netz auszubauen und an allen steirischen Schulen in der Sekundarstufe I anzubieten.*

GRⁱⁿ Hopper:

Liebe Manuela, vielen lieben Dank für den Antrag. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung, liebe Gäste auf der Galerie. Wir finden es ebenfalls erschreckend, dass sowas nach wie vor passiert und dass dieser Fall eigentlich auch bis

zu einem gewissen Grad notwendig war, damit es überhaupt auf den Tisch auch kommt, damit es überhaupt öffentlich thematisiert wird und in das Gespräch kommt und darüber auch klar und ehrlich diskutiert werden kann. So wie du das auch schon gesagt hast, noch viel tragischer ist es, dass das nicht nur Personen in der Öffentlichkeit passiert, wie es z. Bsp. unserer Bundesministerin Elisabeth Köstinger passiert ist, die durchwegs nicht nur als dick, nachdem sie ihr Kind geboren hat, bezeichnet wurde, sondern auch als Vorlage für, wie sage ich das auf eine nette Art und Weise, diverse andere Tätigkeiten, die manche Menschen erfreuen, bezeichnet wurde und das ist aber nicht nur so bei Leuten, die in der Öffentlichkeit stehen, sondern, wie du auch schon gesagt hast, es passiert alltäglich und es ist etwas, was eigentlich nicht mehr passieren sollte und wo man ganz klar auch Akzente setzen muss. Deswegen hat es mich auch gefreut, dass die Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß auch sich klar dazu bekannt hat, dass eine gesetzliche Grundlage braucht, um sich genau auch gegen Hass im Netz in dieser Form auch wehren zu können und dass Personen, die mit Beschimpfungen und Vergewaltigung, so auch mit Morddrohungen konfrontiert sind, da auch nicht wehrlos sind, sondern auch Aktionen setzen können, um eben die Täter in diesem Fall auch zu belangen. Und da braucht es eben auch in meiner Meinung, und da bin ich auch sehr froh, dass unsere Bundesministerin sich dem jetzt noch angenommen hat, eine solide gesetzliche Grundlage und deswegen sie auch eine Task Force eingesetzt hat, die sich mit dem strafrechtlichen Aspekt dieser ganzen Materie befasst und dort auch Änderungen hervorbringen möchte. Sie ist auch sehr klar gewesen in der Aussage, dass es wichtig ist, dass man das nicht übereilt und dass man sich da auch gut überlegt, wie man vor allem auch mit Personen umgeht, die in einer Altersklasse sind, wo man sie eigentlich nicht belangen könnte, weil es sehr oft auch im Kinder- und Jugendbereich passiert, so wie du das auch schon gesagt hast, und es wird aber eine Task Force eingesetzt. Wir sind auf alle Fälle ganz klar der Meinung, dass erster Forderungspunkt definitiv zu unterstreichen ist und vor allem begrüßenswert ist und werden da mitgehen. Wir sind aber gleichzeitig auch sehr, sehr froh, dass wir in Graz, während auf der Bundesebene nicht so viel passiert, schon sehr, sehr viel passiert ist. Angefangen von unserer Antidiskriminierungsstelle, wo auch 2017

ja international eigentlich auf uns geschaut wurde, als wir die erste App gegen Hasspostings mit der BanHate-App auch eingesetzt haben und auch in der Schulsozialarbeit, das Stück haben wir jetzt heute zwar auf der Tagesordnung gehabt, aber nicht diskutiert, Stück Nr. 22, wo wir auch wieder eine Vollzeitäquivalenzstelle mehr hier in der Schulsozialarbeit haben, wo sich dieser Bereich natürlich wiederfindet und da ganz viel in Graz auch gemacht wird. Was steiermarkweite Änderungen angeht, sind wir auch der Meinung, dass die Landesrätin Lackner da vielleicht auch einmal mehr Akzente setzen könnte und gehen auf alle Fälle in der Dringlichkeit mit. Wir bitten um getrennte Abstimmung bei den zwei Forderungspunkten und unterstützen ganz klar auch den Drang an die Bundesebene, dort vielleicht auch gesetzlich jetzt einmal zügig auch Akzente zu setzen. Dankeschön (*Allgem. Appl.*)

GR Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren im Stadtsenat, in der Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren hier im Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren als Gäste oben im Juché. Sie werden sich vielleicht wundern, warum ich hier da stehe bei so einer grauslichen Problematik. Aber ich denke oder wir denken seitens der KPÖ Graz, es ist vor allem ein Männerproblem und nicht ein Frauenproblem. Und wir haben lange im Klub diskutiert und haben uns dann entschlossen, dass ich hier rausgehe und unsere Meinung zu der Dringlichkeit sage. Wir werden der Dringlichkeit natürlich zustimmen. Ich möchte aber auch sagen, wir hätten natürlich durch die Kollegin Braunersreuther und durch die Kollegin Taberhofer sehr wohl auch Kolleginnen, die hier am Rednerpult dieses Anliegen oder diese Dringlichkeit unterstreichen könnten, sind sie doch seit Jahren mit Frauengleichberechtigung und Frauenrechten beschäftigt. Also, wie gesagt, wir haben uns entschlossen, dass ich hier als Mann stehe, weil es eben kein Frauenproblem ist und nicht als Frauenproblem herabgewürdigt werden darf, sondern es ist wirklich ein großes gesellschaftliches Problem. Und ich sage euch ehrlich, ich tue mich irrsinnig schwer, hier auch die richtigen Worte zu finden, denn wenn man die Zeitungen anschaut, Profile Elfriede Hammerl, Kleine Zeitung heute, ununterbrochen

stehen erschütternde Dinge in den Medien, muss ich also wirklich sagen, ich möchte es an einem Beispiel festhalten. Stellen Sie sich vor, liebe KollegInnen, liebe Gemeinderäte, auf meinem Web-Account würde folgende Nachricht bei Ihnen aufscheinen, die ja wirklich jetzt beim Prozess Maurer erschienen ist. Und ich muss mich wirklich sehr halten, dass ich da nicht irgendwie rot werde oder zum Stottern anfangen: „Du bist heute bei mir beim Geschäft vorbeigegangen und hast auf meinen Schwanz geguckt, als wolltest du ihn essen. Beim nächsten Mal darfst du ihn ohne Worte in deinen Mund nehmen und ihn bis zum letzten Tropfen aussaugen. Dein fetter Arsch törnt mich ab, aber da du prominent bist, ficke ich gerne deinen fetten Arsch, damit mir einer abgeht, du dreckige Bitch.“ Also ich muss wirklich sagen, es fällt mir irrsinnig schwer, das zu replizieren und es ist eben kein Frauenproblem. Es ist ein Männerproblem. Es sind Männer, die solche Probleme aufgrund ihres Verhaltens hervorrufen. Es sind Männer, die Frauen sexuell belästigen, es sind Männer, die Frauen sexuelle Gewalt androhen, es sind Männer, warum Frauen beispielsweise in Parkhäusern Angst haben und es besondere Autoabstellplätze geben muss. Und es sind Männer, das ist der besondere Wahnsinn, es sind Männer, die Frauen vergewaltigen. Also, ich persönlich schäme mich für ein solches Verhalten zahlreicher Geschlechtskollegen und ich hoffe, dass der eine oder andere Mann hier im Gemeinderat sagt, sich mit mir mitschämt und natürlich besteht Dringlichkeit in diesem Fall. Ich komme schon zum Schluss. Es geht nicht nur darum, dass der Justizminister Moser eine Task Force einrichtet, sondern das jetzige Urteil ist aufgrund der Präzedenz derzeit verheerend. Und jetzt komme ich zum Schluss, Elfriede Hammerl hat im jetzigen Profil das genau geschildert. Die Wirkung des Urteils bleibt dennoch bedenklich, weil es den Hasspostern im Netz signalisiert, dass sie ungeschoren bleiben, solange ihnen keine Zeuginnen beim Schreiben auf die Finger schauen. Schluss damit. Ich bedanke mich (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Liebe Manuela, danke für diesen Antrag. Ich glaube, viele in diesem Raum wissen und wissen von Kolleginnen oder von Frauen in ihrer Umgebung, dass solche Dinge nicht nur Personen im öffentlichen Leben passieren, dass solche Dinge auch unseren Schwestern, unseren Müttern, unseren Freundinnen passieren. Ich glaube, es ist wichtig, dass man das öffentlich macht. Ich glaube, der Schritt von Sigi Maurer, die ihn getätigt hat, war ein sehr, sehr mutiger. Viele Frauen gehen diesen Schritt nicht. Ich z. Bsp. habe noch nie quasi eine dreckige Nachricht oder ein Hassposting, dass ich bekommen habe, veröffentlicht. Man geht damit vielleicht an seine nächsten Vertrauten und erzählt es denen und sucht sich bei denen dann Halt oder sagt ja, vergiss es doch. Das ist eben so, dass passiert eben. Und ich glaube, wir finden uns ganz oft damit ab. Ich glaube, das genau ist das Problem. Es ist das eine Problem, dass sich Menschen damit abfinden und das ist das andere Problem, dass wir auch ganz, ganz, ganz klar in uns drinnen als Frauen wissen, dass auch wenn wir uns melden, auch wenn wir diese Sache erklären, wenn wir es öffentlich machen, ist die Chance sehr, sehr gering, dass wir Recht bekommen, dass der Täter, in dem Fall ganz klar ein Mann, dafür bestraft wird und das schreckt uns davor zurück, das überhaupt zu machen. Ich habe persönlich im Wahlkampf mehrere dieser dreckigen, wirklich entwürdigenden, auf einer menschlichen Ebene einfach auch entwürdigenden Nachrichten bekommen, da fängt es an bei: „Du bist eh nur fickbar und nicht wählbar“ und endet bei, sie wünschen mir Vergewaltigungen und sie sagen, was weiß ich, ich soll nicht kandidieren, weil ich gehöre vergewaltigt und andere Dinge. Und ich glaube, das ist auch wichtig, dass man hier auch in der Stadt Graz Stellen findet, wo sich Frauen auch wirklich zu dieser Stelle wenden können. Vielleicht auch juristischen Rat bekommen, juristischen Beistand. Wir haben sehr viele dieser Einrichtungen, die das schon machen, aber vor allem bei Hass im Netz ist da noch sehr viel Aufholbedarf. Im Gegensatz z. Bsp. zu körperlichen Übergriffen, wo wir auch Beratungsstellen haben. Aber im Netz sind die noch Mangelware und deswegen möchte ich nur sagen, danke für diesen Antrag, wir stimmen dem natürlich in Dringlichkeit und Inhalt voll zu und ich möchte auch nur Kurt danken, für deine Wortmeldung. Das ist nämlich nicht ein

Frauenthema, es ist nur die bösen, bösen Männer. Ich glaube, wir müssen uns als Gemeinschaft darin orientieren, also besser miteinander umgehen und dass Männer damit nicht quasi davonkommen, solche Dinge zu sagen, egal, ob sie es dir in das Gesicht sagen oder in ein Handy tippen (*Allgem. Appl.*).

Der dringliche Antrag wurde einstimmig angenommen.

StRⁱⁿ Wirnsberger:

Ich werde es gleich hier von meinem Platz aus machen. Ich möchte mich als Stadträtin für Frauen und Gleichstellung zu allererst natürlich sehr herzlich dafür bedanken, dass Manuela Wutte mit ihrem Antrag dieses Thema auch hier in dieses Haus heute gebracht hat. Und ich möchte mich bei allen Rednerinnen und Rednern für ihre Wortmeldungen bedanken dafür, dass zu diesem wichtigen Thema, von dem so viele Frauen betroffen sind, hier eine einstimmige Meinung kundgetan wurde. Und ich hoffe, das wird sich dann auch am Ende im Abstimmungsverhalten für den Antrag selbst wieder niederschlagen. Etwas, was wir auch gesehen haben in den Wortmeldungen, ist, dass das ein Thema ist, wo ganz klar wird, das hat nichts mit Parteipolitik zu tun. Es gibt in jeder Fraktion Frauen, die so etwas erleben mussten. Es gibt in jeder Fraktion auch Frauen, die den Mut haben und gehabt haben, das auch öffentlich zu tun. Jede Frau, die so etwas erlebt hat, hat ohnehin meine Solidarität. Jede Frau, die den Mut hat, sich dann auch öffentlich hinzustellen und zu sagen, ich habe diese Nachricht bekommen und ich wehre mich dagegen, hat meine vollste Bewunderung. Weil ich aus eigener Erfahrung auch weiß und ich denke, das ist auch sehr häufig einer der Mitgründe, warum Frauen sich da nicht zur Wehr setzen. Man wird dann sehr häufig auch erneut mit Shitstorm, mit Hass, mit weiteren diskriminierenden entwürdigenden Nachrichten bedacht und das braucht Stärke. Und da bedanke ich mich auch hier bei allen Frauen, die das in letzter Zeit auch öffentlich getan haben, namentlich bei Sigi Maurer, die durch diesen Prozess und die Art und

Weise, wie sie damit umgegangen ist, einfach diese Debatte angeregt hat und verstärkt hat, aber auch natürlich Ministerin Köstinger, die hier eben diese Nachrichten öffentlich gemacht hat und sehr deutlich und klar darauf reagiert hat und natürlich auch bei der Frauenministerin, die sich diesem Thema jetzt widmen wird. Ich möchte einfach meinen Dank dafür ausdrücken, dass wir hier so viel Einstimmigkeit dazu haben, dass wir uns darum kümmern werden, und ich möchte auch nur ganz kurz noch sagen, wir haben ja diese Broschüre, wo auch ein bisschen eine Information dazu da ist, die könnt ihr jederzeit im Referat für Frauen- und Gleichstellung oder auch bei mir im Büro abholen. Da ist ganz viel Information drinnen über die Frage auch, wie persönlich damit umgehen oder wie kann man auch Betroffene vielleicht unterstützen, wenn man etwas dazu hört. Vielen, vielen Dank (*Allgem. Appl.*).

GR Haberler:

Dieses ganze Thema ist irrsinnig abscheulich. Ich möchte aber eines dazu sagen. Ich bin davon überzeugt, dass 95 % aller Frauen betroffen sind, aber ich möchte auch darauf hinweisen, dass es 5 % Männer gibt, denen es genauso geht, und deswegen verwehre ich mich, dass es immer nur heißt, ja, Frauen, Frauen, Frauen. Ist auch ein ganz ein kleiner Anteil an Männern, die auch von Frauen belästigt werden und niedergearbeitet werden. Das möchte ich genauso mithineinnehmen, und nicht nur Frauen. Danke (*Allgem. App.*).

Wutte:

Kollege kriegt gleich eine Infobroschüre mit (*lacht*). Ganz herzlichen Dank für die tollen Wortmeldungen zu dem Thema. Mich freut es, wie es die Tina Wirnsberger schon gesagt hat, sehr, dass wir uns einig sind in der Wichtigkeit des Themas. Eben, ich glaube, wir brauchen jetzt nicht darüber streiten, dass auch Männer belästigt werden. Ja, auch Männer werden belästigt, aber der überwiegende Anteil sind Frauen und von dem her freue ich mich auch sehr über die Wortmeldung von Kurt, von der KPÖ, weil

ich finde, es ist einfach auch total wichtig, als Mann herauszugehen zu dem Thema. Und eben nicht immer zu sagen, das ist ein Frauenthema und da müssen jetzt die Frauensprecherinnen her und was sagen, sondern, hat mich sehr gefreut, einfach auch eine andere Perspektive dazu zu hören. Vielen Dank, Anna, für deine Wortmeldung und dass du von deiner persönlichen Betroffenheit gesprochen hast, was auch mutig ist und auch nicht selbstverständlich ist. Danke dafür. Zur ersten Wortmeldung von Anna Hopper möchte ich sagen, ja, es passiert einiges in der Stadt, was aber nicht heißt, dass man da nicht noch was drauflegen kann. Das Thema brennt einfach. Es ist wirklich durch den Fall von der Sigi Maurer, glaube ich, ein bisschen etwas ins Rollen gekommen und ich denke, wir alle hören in unserem Umfeld, wie viele Frauen, egal, ob sie bekannt sind oder nicht bekannt sind, einfach immer wieder betroffen sind, von dieser Form von Übergriffen und von dieser Form von sexueller Belästigung. Und wir sind nicht mehr gewillt, das hinzunehmen. Von dem her würde ich mich auch freuen, wenn der zweite Punkt, nämlich eben diese Sensibilisierung in der Schule eine Zustimmung finden würde, weil das ist ja das Alter auch, in dem wir ansetzen müssen und wo wir daran arbeiten müssen. Vielen Dank und freue mich auf die Abstimmung (*Allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. **Eustacchio**:

Nachdem der Wunsch nach getrennter Abstimmung vorherrscht, bringe ich zuerst das zur Abstimmung, wer für eine getrennte Abstimmung ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist einstimmig. Danke.

Der Punkt 1. des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 2. des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

9.5 Don't Smoke“-Volksbegehren / Durchführung einer Volksabstimmung über ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie (GR. Ehmann, SPÖ)

GR Ehmann:

Danke Herr Vizebürgermeister, beide sind genauso gleichwertig und wichtig.

Deswegen ist egal, mit welchem wir beginnen, aber gut, nehme ich „Don't Smoke“.

Geschätzte Herr Stadtrat, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren auf der Galerie. Ich glaube, über den Inhalt des Begehrens, dass wir dieses unsägliche

Rauchverbot oder diese jahrelange Diskussion von der Bundesebene abwärts de facto jetzt endlich einmal zur Umsetzung bringen könnten, könnten wir mit einer derartigen

Volksabstimmung noch Ausdruck verleihen. Ja, 881.569 Österreicherinnen und

Österreicher haben dieses Anliegen unterstützt. Allein 43.087 Unterschriften in Graz.

Graz war ja eine der besten Städte, was dies betrifft. Diese Anliegen, die Unterstützung der Anliegen und daher war es uns besonders wichtig, nachdem wir in der

Öffentlichkeit vernommen haben, wie wichtig dieses Anliegen auch dem Bürgermeister ist, heute haben wir schon die Anträge zur Dringlichen gehabt seitens der FPÖ, mit

dem Zusatzantrag der ÖVP, wie dringlich dieses Thema hier bei uns gesehen wird. Ja,

und da möchten wir euch jetzt noch einmal beim Wort nehmen und sagen, ja, das ist

uns wichtig. Mir ist jetzt klar, dass die Argumentation darauf hinauslaufen wird, dass

ihr sagt, ja, jetzt haben wir die Dringlichkeit eh schon abgestimmt. Wir haben das eh

schon im anderen Antrag gehabt, dass wir das so schnell wie möglich umsetzen wollen.

Die ÖVP wird sagen, wir haben eh schon den Zusatzantrag eingebracht. Ich nehme

euch schon die Argumentation vorweg, dann braucht ihr nicht mehr herauskommen

und das erklären.

*Zwischenruf Herr GR **Rajakovics**: Lass uns darüber reden.*

Ehmann:

Aber, ich glaube, das Thema ist einfach zu wichtig und ich glaube, wir könnten trotzdem ein durchaus stärkeres druckvolles Signal nachsetzen und diesen Antrag hier auch zur Unterstützung bringen, dass ihr das mitabstimmt. Ich lade euch sehr herzlich dazu ein, ich darf nur kurz den Antragstext verlesen:

Der Gemeinderat der Stadt appelliert im Petitionswege an die Österreichische Bundesregierung und an den Österreichischen Nationalrat, als Konsequenz auf die fast 900.000 Unterschriften für das „Don't Smoke“-Volksbegehren zur Verbesserung des NichtraucherInnenschutzes eine entsprechende Volksabstimmung durchzuführen, die auf jeden Fall auch die Frage nach Einführung eines generellen Rauchverbots in der Gastronomie zu beinhalten hat.

Und ich hoffe, dass ihr das auch wie die Fachwelt sieht, also vom Prof. Samonigg abwärts bis zu sämtlichen Expertinnen, Experten, die es im Gesundheitssystem gibt und auch der Hausverstand, glaube ich, sagt uns das, dass das auch im Bereich NichtraucherInnenschutz, sei es in der Arbeitswelt als auch im Privatbereich, dass das einfach eine sinnvolle Geschichte ist und deshalb glaube ich, wäre es gut, noch einmal ein deutliches Zeichen nach Wien zu senden, was wir heute im Vorlauf schon mit einer abgeschwächten Form gemacht haben, das wäre jetzt noch etwas druckvoller. Ich lade euch ein, das auch zu unterstützen. Danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Exakt 881.569 Österreicherinnen und Österreicher haben das vor eineinhalb Wochen zu Ende gegangene „Don't Smoke“-Volksbegehren unterschrieben - allein 43.087 Unterschriften stammten von Grazerinnen und Grazern. Ein – und darüber sind sich bis auf wenige Ausnahmen praktisch alle einig – überwältigendes Votum für den NichtraucherInnenschutz, ein eindrucksvolles Manifest für ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie.

Als Konsequenz daraus nichts zu tun, wäre der falsche Ansatz. Und wie FPÖ-Vizekanzler Strache darauf zu verweisen, dass ja ohnehin die Mehrheit NICHT unterschrieben hätte, ist ebenfalls, - nennen wir es vorsichtig - eine etwas krause und eigentümliche Argumentation, bei der nicht Adam Riese Pate gestanden ist, sondern HC Mini die Rechenmaschine bedient haben dürfte. Scheint doch Herr Strache zu vergessen, dass bei 6,4 Millionen Wahlberechtigten und rund 2,9 Millionen türkisblauen Stimmen bei der jüngsten Nationalratswahl seinem Rechenexempel zufolge auch diese Regierung vom Wahlvolk nicht gewollt ist und augenblicklich zu demissionieren hat.

Fast 900.000 Unterschriften sind jedenfalls eine eindrucksvolle Aufforderung an diese Bundesregierung, sich nicht weiter in Nebelschwaden zu verirren und über die grundsätzlichen Konsequenzen aus Volksbegehren zu diskutieren, sondern jetzt zu handeln, zumal es mehr als genug fachliche Expertisen über die negativen Auswirkungen von Nikotin gibt. Und eine Volksabstimmung durchzuführen, heißt ja nicht von vornherein, gegen jene zu entscheiden, die dieses Volksbegehren nicht unterschrieben haben – das bedeutet einzig und allein, dass die mündigen ÖsterreicherInnen selbst entscheiden dürfen, ob sie weiter Aschenbecher Europas sein möchten. Und dass Volksabstimmungen, wie jetzt vereinzelt Kommentatoren weismachen wollen, demokratiefeindlich wären, ja, sich primär Diktaturen gern dieses Instruments bedienen, ist schlichtweg Unsinn: Oder will man gar ernsthaft behaupten, die Schweiz, in der Volksabstimmungen die Regel sind, wäre eine Diktatur, die Schweiz würde bar jeder Vernunft durch Manipulation, Boulevard und Massensuggestion regiert?

Um auf das Rauchverbot zurückzukommen: Offenkundig ist, dass diese Frage die Menschen ungemein bewegt, dass sich laut Umfragen eine breite Mehrheit der Gefahren des Nikotins bewusst ist und auch in der Gastronomie selbst längst eine Mehrheit für ein Rauchverbot wäre. Offenkundig ist aber auch, dass auf politischer Ebene die Situation als verfahren zu bezeichnen ist, da sich eine Partei partout nicht

bewegen will und ihr Heil in nikotingeschwängelter Bierzeltstimmung sucht. Und insofern hat Bürgermeister Nagl absolut Recht, wenn er empfiehlt, in dieser Situation den – wie er es genannt hat – Publikumsjoker zu ziehen und eine Volksabstimmung durchzuführen. Im Übrigen eine Forderung, die auch von einem Großteil der Medien, von sehr vielen PolitikerInnen fast aller Couleurs und selbstverständlich auch von den InitiatorInnen des Volksbegehrens geteilt wird.

Auch wenn bis dato dieser immer lauter werdende Ruf nach einer Volksabstimmung über ein Rauchverbot in der Gastronomie noch verpufft – die Mauer der Ablehnung zeigt erste Risse. Umso wichtiger ist es, dran zu bleiben, drauf zu bleiben, nicht locker zu lassen und weiter Zeichen zu setzen, indem sich Institutionen, Organisationen, Kommunen für diese Volksabstimmung aussprechen. Es ist nämlich müßig, über direkte Demokratie und BürgerInnenbeteiligung nur immer zu hören, direkte Demokratie muss vor allem auch gelebt werden können. Und es wird wohl niemand bezweifeln, dass die Österreicherinnen und Österreicher mündig genug wären, darüber zu entscheiden, ob in der Gastronomie ein allgemeines Rauchverbot, wie dies bereits in fast allen europäischen Ländern gilt, eingeführt wird oder nicht.

In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz appelliert im Petitionswege an die Österreichische Bundesregierung und an den Österreichischen Nationalrat, als Konsequenz auf die fast 900.000 Unterschriften für das „Don't Smoke“-Volksbegehren zur Verbesserung des NichtraucherInnenschutzes eine entsprechende Volksabstimmung durchzuführen, die auf jeden Fall auch die Frage nach Einführung eines generellen Rauchverbots in der Gastronomie zu beinhalten hat.

GRⁱⁿ Gmeinbauer:

Lieber Herr Vizebürgermeister, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer, lieber Antragsteller, lieber geschätzter Herr Klubobmann Michi Ehmann. Du hast im wahrsten Sinne des Wortes mit deinem Antrag den Nagel getroffen. Wie unser geschätzter Bürgermeister in der Vorwoche nach dem Abstimmungsprocedere bekanntgegeben hat, hast du 1:1 in deinem Antragstext übernommen. Es ist für uns ein wichtiges Thema. Allerdings, und da möchte ich jetzt hinlenken, ist für uns auch ein wichtiges Thema die Formulierung und die Sprache. Wir haben jetzt im vorhergehenden dringlichen Antrag über Formulierung und Sprache gesprochen. Und wie wir wissen, ist die derzeitige Bundesregierung sehr geschätzt bei unseren Bürgerinnen und Bürgern. Was der Umgang in der Sprache ist, Diskussionen werden hinter Türen ausgetragen und diese Achse von Wien nach Graz ist bekannt, haben wir auch. Auch wir diskutieren mit unseren Regierungspartnern hinter verschlossenen Türen und haben zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger eine gute einfache und positive Sprache. Und diese Sprache wollen wir auch weiterhin so führen und zu der stehen wir auch. Dieses Hickhack und Schlechtmachen von politischen Persönlichkeiten unterstreiche ich hier mit diesem Motivenbericht nur und das wollen wir nicht und das unterstützen wir auch nicht. Insoferne ist es wirklich schade, weil das Thema auch uns sehr wichtig ist, das ist bekannt, aber würden wir diesem Antrag jetzt stattgeben in der Dringlichkeit, würden wir auch den Motivenbericht zur Kenntnis nehmen und dagegen verwehren wir uns entschieden. Wir wollen dieses Hickhack und diese Sprache nicht mehr und lassen uns dahingehend auch nicht beleidigen, wenn wir gute Arbeit machen, gute Regierungsarbeit. Von daher kann ich der Dringlichkeit leider nicht zustimmen. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Sippel:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, hoher Gemeinderat. Ich nehme deine Argumentation auf, richtig spätestens mit dem Zusatzantrag der ÖVP bei meinem Antrag ist ja das erledigt, was du ja auch in deinem Antragstext drinnen hast. Es ehrt

dich auch, dass du jetzt da beim Vortragen deines Antrages auf diese Niveaulosigkeit im Antragstext im Motivenbericht verzichtet hast. Also das strotzt ja nur so von Untergriffen von Plumpheit und auch Bummelwitzigkeit. Ich kann mir nicht vorstellen, dass du das selber geschrieben hast. Also, wenn nicht, dann richte bitte deinem Gag-Schreiber und ich hoffe nicht, es ist der Luka Kaiser, dann richte bitte deinem Gag-Schreiber aus, er soll sich einen anderen Job suchen. Weil das ist nämlich wirklich ein Niveau, das diesem Hause unwürdig ist. Und noch etwas, falls du nach der politischen Zeit und Laufbahn irgendetwas anderes anstreben solltest, also bitte werde nicht Diplomat. Weil so undiplomatisch, wie du dich auch mit diesem Antrag verhalten hast, also das schreit zum Himmel. Weil wir waren wirklich am Überlegen, ob wir dem zustimmen. Ich kann es ja sagen. Weil wir nehmen das zur Kenntnis, dass 22 % der Grazer „Don't Smoke“ unterschrieben haben. Also das ist ja etwas, was anzuerkennen ist und natürlich hätte es auch durchaus den Druck aus Graz gebraucht, dass da in Wien sich etwas bewegt, aber das haben wir eh schon in meinem Antrag abgehandelt. Aber dann so zu agieren und einen Rundumschlag auch gegen die FPÖ auszuteilen mit Anspielungen, nicht böse sein, also das passt überhaupt nicht auf irgendeine Kuhhaut. Das ist wirklich ja eigentlich unwürdig. Aber noch einmal, und da bin ich wieder bei meiner vorigen Argumentation. Ich bin froh, wenn jetzt über direkte Demokratie debattiert wird. Mir würden viele Themen einfallen in Graz, über die man gleich einmal direkt abstimmen lassen könnten. Beispielsweise über die Nutzung des Forums Stadtparks. Also ich glaube, das war einmal z. Bsp. ein Thema, ob die Grazer dort ein Kaffeehaus wollen oder nicht. Olympia ist eine Geschichte, wie du weißt, dich freut es ja. Vielleicht 2030, wer weiß, wenn man uns da wirklich bewerben, das werden wir dann sehen. Aber mir würde auch einfallen, dass man über die Einführung von Bettelzonen oder von Demonstrationzonen beispielsweise eine Volksbefragung abhalten oder warum nicht auch über die Sicherheitsmaßnahmen, die da so vorgeschlagen worden sind in den Grazer Parks, beispielsweise einen Zaun. Alle über diese Dinge könnten wir die Grazer tatsächlich befragen lassen. Also warum ringen wir uns nicht dazu durch? Vielleicht gibt es da in diese Richtung auch Bewegung. Ich bin froh, dass man direkte Demokratie heute so in den Fokus rücken. Es ist Gott sei Dank

abgehandelt worden durch meine Initiative und durch den Zusatzantrag der SPÖ. Also die Zustimmung zu deinem dringlichen Antrag obsolet (*Allgem. Appl.*).

GR Dreisiebner:

Ja weil ich im Vorbeigehen darauf angesprochen worden bin, als Raucher bin ich auch einer, der „Don't Smoke“ unterschrieben hat, der für rauchfreie Gastronomie, für rauchfreie Arbeitsplätze in Gastronomie ist. Das schicke ich nur dem voraus, was ich eigentlich zu dem, was hier jetzt vorher passiert ist, sagen wollte. Nehmt ihr euch noch ernst, Daniela Gmeinbauer und Armin Sippel? Auf der einen Seite wird vor wenigen Minuten ein Antrag des Kollegen Sippel positiv abgestimmt, dieser hier, konstruiert man sich Gründe, dass man das nicht tun möchte.

Und die eine sagt, wir wollen nicht streiten. Wir wollen diesen Ton nicht, der andere verfällt genau in diesen Ton, Armin. Und ich habe nichts dagegen, wir sind in einer politischen Auseinandersetzung (*Appl.*), Zuspitzung, Rhetorik, das ist natürlich mit Worten, die verboten sind, die zu untersagen sind, das ist ja nichts Schlechtes. Und, Armin Sippel, ich glaube, wir haben uns schon ein paar Mal gemessen, auch andere haben sich gemessen. Das ist überhaupt kein Thema; auch in deiner Fraktion, Daniela, gibt es Mitglieder des Gemeinderates, die auch sehr spitz formulieren können. Ich nenne jetzt keinen Namen.

Zwischenruf GRⁱⁿ Gmeinbauer: Zwischen spitz und spitz gibt es einen Unterschied. Kein Regierungsmitglied beleidigen.

Dreisiebner:

Zwischen spitz und spitz gibt einen Unterschied? Na gut, dann belasse ich es dabei. Ihr wollt es aus irgendeinem Grund nicht, dass der Antrag des Kollegen von der SPÖ durchgeht.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Gmeinbauer** unverständlich.*

Dreisiebner:

Wie auch immer, ihr findet euch euren Grund und es bleibt dissonant, was dieser Gemeinderat in die Öffentlichkeit ausstrahlt. Nämlich einmal pro für diese Petition, das einer Volksabstimmung zu unterziehen und einmal kontra. Das tut mir leid, dass man so weit gekommen sind und im Grunde habt ihr die Mehrheit, aber ihr seid nicht die Direktion, dass ihr quasi die Regeln macht (*Appl.*).

Ehmann:

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, na ja, die Wehleidigkeit der FPÖ und ÖVP überrascht mich jetzt doch ein wenig, wenn es um Zuspitzungen, um Wortformulierereien oder Wortspielchen, wenn man so will, im Vergleich geht. Wenn man auf gewisse Dinge überspitzt hinweisen möchte. Gut, nehme ich so zur Kenntnis. Wir werden uns in Zukunft bessern, vielleicht ist es dann möglich, dass ihr der Sache zustimmt und euch nicht auf der Argumentation einer Formulierung eines Motivenberichtes aufhängt. Vielleicht schaffen wir das dann das nächste Mal, dass ihr dann der Sache zustimmt, was ja auch das Notwendige und das Richtige wäre. Gut, ja, nachdem es offensichtlich keine Zustimmung gibt, finde ich schade. Danke, Kollege Dreisiebner, auch für deine Wortmeldung und ja, eine bisschen eine Chance habt ihr noch zuzustimmen, vielleicht überlegt ihr es euch noch. Wenn nicht, dann werde ich auch damit leben können und auch 881.000 ÖsterreicherInnen werden damit leben müssen (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

9.6 Neuanschaffung Straßenbahnen, Berücksichtigung der negativen Erfahrungen mit der Variobahn (GR. Ehmann, SPÖ)

GR Ehmann:

Ja, Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen, Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Stadtregierungsmitglieder, meine Damen und Herren auf der Galerie. Das Thema Straßenbahnen begleitet uns ja schon länger. Wir haben ja hierzu auch schon einiges an inhaltlicher Arbeit eingebracht. Es wurde auch mit großer Mehrheit die Petition nach Wien verabschiedet, also spricht die Nachricht der Stadt an das Ministerium, also quasi an den Bundesminister für Verkehr, wo es darum ging, die Grenzwerte, jetzt de facto also im Eisenbahngesetz für Straßenbahnen eigene Grenzwerte zu ziehen. Da der Triebwagen der Eisenbahn nicht unbedingt gleichzusetzen ist mit dem Triebwagen der Straßenbahn oder bzw. der Straßenbahneinheit. Und da gibt es eben Lärm- und Erschütterungsemissionswerte, die, wie wir glauben, zu hoch sind, denn rund 15.000 AnrainerInnen können nicht irren und wir haben uns vor Ort auch schon selbst oder vor Ort uns selbst ein Bild gemacht, dass vielen Anrainerinnen und Anrainern hier der Schlaf geraubt wird und dass es tatsächlich ziemlich unerträglich ist, wenn Straßenbahngarnituren vorbeidonnern, sprichwörtlich, und hier zu Erschütterungen führen oder auch zu Lärmemissionen, die hier störend sind. Und deswegen glaube ich, war das wichtig, dass zu machen. Gleichmaßen war es aber auch wichtig, dass wir hier noch zusätzlich auch für die Bundesebene eine Unterstützung bekommen haben, nämlich in der Regionalabgeordneten Verena Nussbaum von der SPÖ, die hier die Petition auf Bundesebene dazu eingebracht hat, um unseren inhaltlichen Druck zu verstärken und das auf Bundesebene zu unterstützen. Ich finde das eine großartige Geschichte und nachdem jetzt bekannt wurde, dass wir uns auf neue Straßenbahnen verständigt haben, offensichtlich, und nicht auf die Aufwertung der alten Straßenbahnen, was ich persönlich begrüße, also diese Neuausrichtung, dass die hier angestrebt wird, wollte ich einfach nur sicherstellen und einen dringlichen Antrag dazu stellen, weil wir gesagt haben, wir möchten, dass wirklich zukünftig genau diese Werte, also in diesem Bereich, Immissionswerte, Lärmemission, Erschütterungsemission, dass

das zukünftig anders bewertet werden sollte und daher haben wir einen dringlichen Antrag gestellt, wo wir hoffen, dass wir auf große Unterstützung zählen können. Denn, wie gesagt, es geht um rund 15.000 geschätzte AnrainerInnen in diesem Bereich, die unmittelbar betroffen sind oder natürlich erleben das viele Grazerinnen und Grazer auch. Und die Chuzpe war, wir waren unlängst bei einem gemeinsamen Termin mit einer Bürgerinitiative dazu, StraßenbahnwohnerInnen. Ich darf einen der Protagonisten herzlich willkommen heißen, Roland Hartmann. Und wir haben uns im Büro von Toni Lang, Landesrat Anton Lang, getroffen, der auch einen Brief nach Wien formuliert hat an den Bundesminister und selbst, wie wir dort gesessen sind im Büro und quasi die Herrengasse von der Garnitur befahren wurde, also die Variobahn in dem Fall, haben wir im Büro dort eine Erschütterung bemerkt. Also selbst dort im Büro des Landesrates merkst die Erschütterung dort vor Ort. Also das war wirklich eine Chuzpe. Ich denke, da sollte man zukünftig, wie gesagt, tatsächlich bei der Neubestellung darauf achten und deshalb wollten wir diese Gelegenheit nutzen und stellen daher den

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Siegfried Nagl wird im Rahmen seiner Koordinierungskompetenz ersucht,

- a) an die Bundesregierung und das Infrastrukturministerium zu appellieren bzw. diese darauf zu drängen, die im Juni verabschiedete Petition der Stadt Graz betreffend Neuausrichtung der Immissionswerte/Ö-Normen für Straßenbahnen im Eisenbahnrecht raschest zu behandeln, damit noch vor Ausschreibung für die Anschaffung der neuen Straßenbahnen bzw. vor Auftragsvergabe die erforderlichen Eckpunkte vorliegen, die den AnrainerInnen Sicherheit bieten, damit die Lärm- und Erschütterungsbelastungen minimiert werden.
- b) Gespräche mit allen zuständigen Stellen im Haus zu führen, dass bei der angekündigten Anschaffung der neuen Straßenbahnen besonderer Wert darauf

gelegt wird, dass die von den AnrainerInnen beklagten Belastungen durch die Variobahn nicht zum Tragen kommen und

- c) mit allen verantwortlichen Stellen im Haus Graz Gespräche zu führen und sich dabei aber auch dafür einzusetzen, dass fachkundige VertreterInnen der „Bl StraßenbahnanwohnerInnen“ bei der Erarbeitung der Kriterien und den Vorbereitungen der Ausschreibung miteingebunden werden, weil schlussendlich sind sie nicht nur Leidgeplagte, sondern dort gibt es auch zusätzlich ausreichend Expertise, die man sich vielleicht zusätzlich einholen könnte.

In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung. Danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie den Medien zu entnehmen war, will die Stadt Graz im Zuge ihrer dringend notwendigen Straßenbahn-Offensive nunmehr doch nicht die alten Cityrunner mit Mittelteilen ausstatten, um damit die Kapazitäten zu erweitern, sondern plant, neue Straßenbahnen anzuschaffen. Das ist gut so – denn in veraltete Garnituren zu investieren, erscheint wenig zweckmäßig, wie ja auch unsererseits bereits in einer Anfrage vom Mai 2018 ausgeführt wurde.

Allerdings: Der 2007 beschlossene Ankauf der 45 Variobahnen – das Nachfolgemodell der Cityrunner - sorgt heute noch für viel Gesprächsstoff, und das leider im negativen Sinn: AnrainerInnen beschweren sich nach wie vor über massive Belastungen durch Lärm und Erschütterungen, obwohl inzwischen nicht nur die Variobahn-Garnituren aufwändig nachgerüstet wurden, sondern auch viele Streckenabschnitte ebenso aufwändig für diese offenbar verhältnismäßig schwere und laut ExpertInnen nicht gerade für den innerstädtischen Bereich bestgeeignete Tram adaptiert werden mussten.

Deshalb ist es nicht weiter verwunderlich, dass in Zusammenhang mit der Ankündigung, die Stadt werde neue Straßenbahnen ankaufen, bei Straßenbahn-AnrainerInnen die große Sorge besteht, dass dies zu einer Anschaffung von „Donnervogel 2.0“ führen könnte. Zwar wurde im Juni dieses Jahres im Gemeinderat einstimmig eine von der SPÖ in Zusammenarbeit mit der „BürgerInneninitiative StraßenbahnanwohnerInnen“ erarbeitete dringliche Petition an die Bundesregierung und an Infrastrukturminister Norbert Hofer verabschiedet. Dies unter anderem mit dem Ziel, das Eisenbahngesetz zu novellieren und für die Zulassungsverfahren endlich eine Unterscheidung zwischen Straßenbahnen und Eisenbahnen zu treffen, um damit auch die Luftschall- und Erschütterungsemissionsgrenzwerte auf innerstädtisch verträgliches Niveau anzupassen. Allein: Reaktion auf diese Petition gibt es noch keine; und wenn auch seitens der SPÖ nunmehr NAbg. Verena Nussbaum zusätzlich den Petitionsausschuss des Nationalrates mit diesem Themenbereich befassen wird, so besteht natürlich seitens der AnrainerInnen größte Sorge, dass jedwede Neuregelung zu spät kommen könnte und eben somit ein Donnervogel 2.0 drohe. Es sei denn, die Stadt wäre entweder in der Lage, Regierung und Infrastrukturminister zu raschem Handeln in Sachen Gesetzesnovelle zu bewegen – oder von sich aus die Ausschreibung / Anschaffung der neuen Straßenbahnen so zu gestalten, dass Kriterien herangezogen werden, die derartige Lärm- und Erschütterungsbelastungen ausschließen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag,

Bürgermeister Siegfried Nagl wird im Rahmen seiner Koordinierungskompetenz ersucht,

- *an Bundesregierung und Infrastrukturministerium zu appellieren bzw. diese darauf zu drängen, die im Juni verabschiedete Petition der Stadt Graz betreffend Neuausrichtung der Immissionswerte / Ö-Normen für Straßenbahnen im*

Eisenbahnrecht raschest zu behandeln, damit noch vor Ausschreibung für die Anschaffung der neuen Straßenbahnen bzw. vor Auftragsvergabe die erforderlichen Eckpunkte vorliegen, die den AnrainerInnen Sicherheit bieten, damit die Lärm- und Erschütterungsbelastungen minimiert werden.

- *Gespräche mit allen zuständigen Stellen im Haus Graz zu führen, dass bei der angekündigten Anschaffung der neuen Straßenbahnen besonderer Wert darauf gelegt wird, dass die von den AnrainerInnen beklagten Belastungen durch die Variobahn nicht zum Tragen kommen und*
- *mit allen verantwortlichen Stellen im Haus Graz Gespräche zu führen und sich dabei dafür einzusetzen, dass fachkundige VertreterInnen der „BI StraßenbahnanwohnerInnen“ bei der Erarbeitung der Kriterien und den Vorbereitungen der Ausschreibung miteingebunden werden.*

Vorsitzwechsel – StR Riegler übernimmt den Vorsitz (16.10 Uhr).

GR Dreisiebner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, werter Antragsteller, werter Herr Vorsitzender. Im Juni war die Petition hier im Gemeinderat, die ist nach Wien abgeschickt worden. Seitdem sind, glaube ich, drei Gemeinderatssitzungen gewesen und jetzt schon wieder, um diese Petition zu verstärken. Zumindest in der Sache seid ihr sehr konsistent unterwegs, lieber Kollege Ehmann, möchte ich einfach einmal positiv festhalten. Auf der anderen Seite frage ich mich, das Problem der Grazer Variobahn, hier im Antrag steht dann Donnervogel und Donnervogel 2.0, mir gefällt das nicht so gut, wie auch immer. Das Problem ist, glaube ich, schon seit ungefähr acht Jahren sehr bekannt, damit haben sich schon mehrere Generationen an Stadtregierungsmitgliedern und Gemeinderätinnen und Gemeinderäte befasst, Lokalausweise usw. usf. Wir wissen, dass es damals eine Ausschreibung entlang des Preises und der Quantität gegeben hat und qualitative

Wertmaßstäbe nicht in die diversen Ausschreibungskriterien ausreichend eingeflossen sind. So kam es eben zu einem großen Problem bei der Auswahl der Federung, der Dämpfung und daraus folgen, soweit die Erkenntnis seit einigen Jahren, daraus folgen die Probleme mit den Infrashallerschütterungen bzw. Infrashallerzeugung und der Erschütterung. Das wäre mit diesem Modell oder mit einer anderen Ausschreibung mit einem Ausschreibungssieger unter Umständen so nicht passiert, davon würde ich einmal ausgehen. Jetzt habe ich mir noch gedacht, wieso ist die SPÖ jetzt so aktiv, auch der Landesrat Lang war jetzt schon im Spiel, nachdem seit 2007, da war das damalige Schwarzblau oder ÖVP und BZÖ am Ende (*lacht*), da gab es dann diverse Verkehrsminister und Verkehrsministerinnen, die alle aus Straßenbahnstädten kommen. Der Herr Faymann, die Frau Bures aus Wien, der Herr Stöger aus Linz, der Herr Klug und der Herr Leichtfried kennen Graz zumindest sehr gut. Welcher Fraktion diese Verkehrsminister angehören, erwähne ich jetzt nicht. Das bleibt als Preisrätsel für den Klubobmann Ehmann übrig. Auf jeden Fall wundert es mich, dass ihr jetzt draufkommt und dass es vorher keine Möglichkeiten gegeben hat, das zu bearbeiten. Und jetzt kommt es zum eigentlichen Punkt und da würde ich auch einen Abänderungsantrag stellen, wenn es jetzt die Dringlichkeit erhält, weil ich nämlich feststelle, dass hier dreimal um das Eck gedacht wird. Es wird eine Petition, die vor vier Monaten abgeschickt worden ist, noch einmal verstärkt. Ok, das kann man noch irgendwie mitnehmen. Es wird appelliert bzw. sollen Gespräche aufgenommen werden mit den Holding Graz Linien. Ich würde eher sagen, dass es da die Kompetenz der Stadtregierungsmitglieder, die damit befasst sind, gibt, dahingehend einzuwirken auf die nächste Ausschreibung und schlussendlich die Einbeziehung von Bürgerinitiativmitgliedern im Sinne der technischen Voraussetzungskriterienenerhebung usw. usf. Das ist mir ein bisschen zuwenig und umgekehrt auch ein bisschen too much. Ich hätte gerne da lieber Personen aus dem Bereich der Universitäten, technische Büros usw. usf. Was nicht heißt, dass diese Personen nicht miteinbezogen werden sollen. Aber das technische Know-how liegt bei den Menschen, die technisch dementsprechend ausgebildet sind und auch zur Verantwortung zu ziehen sind. Schlussendlich, auch das wurde bei 45 Fahrzeugen nicht berücksichtigt, schlussendlich wäre es sehr gut, wenn

man einen Favoriten oder zwei Favoriten hat für das nächste Straßenbahnmodell, dass man dieses Gerät hier in Graz Probe fahren lässt, im Test einsetzt, um auch vor Ort festzustellen, wie die Belastungen sind...

StR Riegler:

Bitte zum Schluss kommen.

Dreiebnner:

Ich bin schon fertig. Wie die Belastungen sind bzw. wie die Anwohnerinnen und Anwohner darauf reagieren und so können wir, glaube ich, das Rückgrat unseres öffentlichen Verkehrssystems, die Straßenbahn, gut in die nächsten Jahrzehnte bringen. Der Abänderungsantrag ist von mir skizziert worden, liegt euch vor. Ich ersuche um Unterstützung. Danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, Stadträtin Elke Kahr (Verkehr) und Stadtrat Dr. Günter Riegler (Beteiligungen) werden ersucht,

- 1. für künftige Beschaffungsvorgänge dahingehend Sorge zu tragen, dass die erforderlichen Pflichtenhefte für die Ausschreibung von Schienenfahrzeugen nicht ausschließlich entlang quantitativer und somit finanzieller Kriterien erfolgen soll, sondern dass ebenso entlang qualitativer Eignungskriterien für den innerstädtischen Betrieb - i.S. einer möglichst reduzierten Erzeugung von Erschütterungen, Infraschall u.ä.m. - Anforderungskriterien zu entwickeln und zu erfüllen sind.*

2. *Des Weiteren sollen für die Erstellung dieser vom Gemeinderat und der Bevölkerung gewünschten technischen Anforderungen und Qualitäten für eine Ausschreibung von neuen Straßenbahnfahrzeugen Expertinnen und Experten der (Grazer) Universitäten, von einschlägig qualifizierten Technischen Büros, aber auch das Wissen, das in der Holding In-House gegeben ist, herangezogen werden.*

3. *Zu guter Letzt möge im Zuge eines Bestellvorgangs eines neuen in Graz noch nicht betriebenen Modells ein zeitlich ausreichend andauernder Probetrieb eines infrage kommenden Fahrzeug-Typs verpflichtend durchgeführt werden.*

GR Frölich:

Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Um mit den Worten, die heute schon gefallen sind, zu sprechen, jetzt schaut es besser aus. Der forcierte verbale Aktionismus, der dich da in Bedrängnis gebracht hat hinsichtlich des letzten Antrages, dem hast du dich ein wenig enthalten, weil wenn du eine Straßenbahn als Donnervogel bezeichnest, da kann niemand beleidigt sein, wenn sie laut ist. Wir wissen, dass sie laut ist und wir alle, die sich mit dem Thema beschäftigt haben in der Vergangenheit, jeder auf seine Art und Weise und jeder für jene Grazerinnen und Grazer, die wirklich betroffen sind von diesen lauten Straßenbahnen, wollen, dass das in Zukunft besser läuft und wir wissen, wir haben als Fraktion sehr engen Kontakt zu den Expertinnen und Experten des Hauses, respektive der Holding. Wir wissen, dass es eine enge Zusammenarbeit mit den Universitäten gibt. Wir wissen, dass es eine enge Zusammenarbeit mit diversen Instituten gibt. Man beschäftigt sich mit diesem Thema und ich gehe davon aus, dass jene Leute, die hier für gute Anschaffungen sorgen wollen, in Zukunft das auch besser machen wollen. Wir werden also der Dringlichkeit deines Antrages zustimmen. Wir werden im Inhalt, das sage ich

auch gleich dazu, um getrennte Abstimmung der Punkte a, b und c bitten und werden hier dem Punkt b unsere Zustimmung geben. Danke (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (16.20 Uhr).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen

GR Lohr:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Antragsteller, ja, das Thema Straßenbahnen haben wir auch schon im Juni behandelt. Ein einstimmiger Antrag hier herinnen, die Petition nach Wien zu schicken. Jetzt sage ich einmal, danke, dass du uns den Antrag natürlich wieder in Erinnerung rufst und du warst ja auch im Nationalrat selbst und du wirst wissen, dass dir das vielleicht ein bisschen zu langsam geht, aber es geht natürlich durch x Stellen, das weißt du auch. Wenn das im Juni einmal rausgeht, dann bis dort der Petitionsausschuss und wieder alle Ämter befasst sind, das dauert natürlich seinen Weg, Sommerferien waren auch. Also in diesem Punkt bitte ich auch ein bisschen um Geduld und wir werden auch von unserem Klub natürlich die Kontakte anbieten, dass man im Infrastrukturministerium natürlich das möglich rasch, auch das Gespräch mit uns weiter aufrechterhält und dass das zur Lösung kommt. Ansonsten eben da hat der Kollege Dreisiebner Recht, da kann man ein bisschen Geduld haben, ansonsten, sehen wir das gleich, dass wir den Punkt b hier heute wieder beschließen, damit die Holding weiter da am Zug kommt, diese Gespräche aufrechtzuerhalten, damit eben wenn Straßenbahnen neu ausgeschrieben werden, hier womöglich schon diese neuen Emissionswerte auch eingehalten werden und auf der anderen Seite werden wir natürlich auch bei den Bundeskollegen nicht locker lassen (*Allgem. Appl.*).

Ehmann:

Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen, Kollegen. Der Begriff Donnervogel ist nicht meiner Wunschvorstellung entsprochen oder entsprungen vielmehr, sondern das war ein medialer Aufgriff. Also es hat vielfach schon Medienberichte darüber schon gegeben, wo eben aufgrund der Lautstärke oder der Emissionsbelastungen die Variobahn so genannt wurde. Also das habe ich nur übernommen, da gibt es jetzt kein Copyright von mir. Zur Arbeitsgruppe, die angesprochen worden ist bzw. was zuvor passiert ist in den Ministerien, die aufgezählt wurden oder jenen Ministern, die aufgezählt wurden, da kann ich nur sagen, unter Jörg Leichtfried hat es bereits eine Arbeitsgruppe genau in diese Richtung gegeben. Wir haben das Thema ja schon im Hintergrund länger vorangetrieben. Es ist halt nicht zum Abschluss dieser Arbeitsgruppe gekommen und jetzt geht es darum, dieses Thema wieder aufzugreifen und zu sagen, bitte, das weiterzuführen, zu Ende zu bringen, weil letztendlich die Novellierung dessen, also die Änderungen, die dafür notwendig wären, im Eisenbahngesetz schlussendlich Gesamtösterreich helfen würden, also wir würden hier als Stadt hier Vorreiter sein, aber Österreich insgesamt oder die Städte, die Straßenbahnen führen, wären davon im positiven Sinne betroffen. Also hier könnten wir Vorreiterrolle sein. Ich freue mich trotzdem, dass es zumindest zum Teil Unterstützung findet und dass hier auch die Signale quasi uns gesandt werden, dass das positiv aufgenommen wird und weiter unterstützt wird und dass wir hier weiter gemeinsam darüber kämpfen oder darum kämpften, dass wir das in Zukunft eben nicht mehr so vorfinden können. Dass damit Expertinnen und Experten, Uni, die Technik, Haus Graz usw. damit mit Ausschreibekriterien etc. betraut sind und auch mit der Anschaffung, das ist uns eh völlig klar. Das setze ich vor, dass, wenn ich als Stadt eine Ausschreibung mache, dass das genau in diese Expertise und mit diesen Expertinnen und Experten abläuft. Unsere Anregung war, nur eben noch zusätzliche Damen und Herren dafür zu gewinnen, die hier auch ihre Expertise einbringen können, sei es aus der beruflichen Sicht, die damit zu tun gehabt haben und auch aus der leidgeplagten persönlichen Erfahrung. Da war einfach der Zugang, warum wir gesagt haben, das wäre gut, auch Bürgerinnen und Bürger dazu einzuladen und mitzumachen und

deshalb haben wir das auch im Dringlichen so formuliert. Aber ich freue mich, wie gesagt, wenn mehrheitlich und in mehreren Punkten hier Unterstützung findet, vielen herzlichen Dank, die AnrainerInnen werden es euch danken. Danke (*Allgem. Appl.*).

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag Punkt a) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Der Antrag Punkt b) wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag Punkt c) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Neos) abgelehnt.

9.7 Führen wir die Bezirksräte ins 21. Jahrhundert (GR. Swatek, Neos)

GR Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Ich darf heute zum Abschluss der dringlichen Anträge das Augenmerk auf unsere Bezirksräte legen. Ich habe vor einem Jahr mittlerweile schon einmal einen Antrag, einen dringlichen Antrag zum Thema Bezirksräte eingebracht. Dem wurde leider die Dringlichkeit nicht gegeben, weil es scheinbar damals in den Augen vieler noch keinen Bedarf gab, bei den Bezirksräten herumzuschrauben. Jetzt hat der Bürgermeister allerdings in einem Interview angekündigt, dass er aus den Bezirksratsbudgets gerne BürgerInnenbudgets machen würde und das ist für mich ein Anlass, heute hier Vorschläge zu machen, wie wir unsere Bezirksräte fit für das 21. Jahrhundert machen können. Denn unsere Bezirksräte waren die letzten Jahre, man könnte fast sagen, im Dornröschenschlaf und haben die digitale Revolution, die digitale Wende einfach verschlafen.

Ich möchte kurz erläutern, wie ich zu dieser Annahme komme, dass unsere Bezirksräte den Zug in das digitale Zeitalter verpasst haben. Wenn Sie vor sich einen Computer haben oder über ein Smartphone besitzen, geben Sie einmal bei Google ein:

Bezirksvertretungen in Graz und schauen Sie sich die Homepage an, auf der unsere Bezirksräte vertreten werden. Sie werden auf dieser Homepage keinerlei Informationen dazu finden, was unsere Bezirksräte überhaupt machen, welche Beschlüsse sie in den Bezirksräten fassen, um welche Themen sie sich derzeit kümmern. Sie werden auf dieser Homepage auch keine Information dazu bekommen, dass die Bezirksräte ein Budget besitzen und dass das Budget auch durchaus für sie zur Verfügung stellt, indem sie eigene Projekte einreichen können. Sie werden auch keine Informationen dazu bekommen, wofür das Budget der letzten Jahre überhaupt verwendet wurde. Und was ich noch sehr interessant finde, was Sie aber auf der Homepage finden nämlich, ist nur, dass Sie dort sehen können, welche Personen es in den Bezirksrat in ihrem Bezirk geschafft haben. Sie können sehen, wann die Bezirksratssitzungen stattfinden, was zumindest schon etwas ist, wenn man Zeit hat, zu einer Bezirksratssitzung zu gehen, kann man sich auch selber anschauen, machen aber halt nur wenige Leute. Und Sie bekommen die unglaubliche Möglichkeit, ein 1,3 MB großes Formular runterzuladen, um damit Ihr Anliegen an die Bezirksräte zu richten, allerdings nur per Post, E-Mail oder durch Abgabe in den Servicestellen. Und genau dieser schlechte Web-Auftritt, diese Intransparenz der Bezirksräte und auch dieser doch eher bürokratischen Aufwände, überhaupt mit den Bezirksräten digital in Verbindung zu treten, nämlich wirklich mit allen Bezirksräten vor Ort, möchte ich heute in diesem Antrag aufgreifen und dazu schlage ich ua. vor, dass die Bezirksräte auf der Homepage der Stadt Graz ihren eigenen Platz bekommen. Das heißt, dass sie sich selbst präsentieren können, dass sie sagen können, welche Themen derzeit im Bezirk wichtig sind, was sie derzeit im Bezirk machen und welche Themen sie auch an die Bezirksräte richten und wie sie an diesem aktiv mitwirken, könnte man ua. so, wie es der Gemeinderat oder auch die Verwaltungsebene mittlerweile macht, durch Blogposts oder ähnliche Formate machen. Dann möchte ich, dass Sie als Bürgerinnen und Bürger auch erfahren, was genau in den Sitzungen des Bezirksrats beschlossen wird, über was die da diskutieren und dafür finde ich, dass man die Protokolle der Bezirksratssitzungen auch digital zur Verfügung stellen sollte, damit Sie einfach online gehen können auf die Homepage auf der Stadt Graz und sich die Protokolle des

Bezirksrates durchlesen können. Dann hätte ich gerne, dass Sie darüber informiert werden, dass die Bezirksräte ein Budget besitzen, wie hoch dieses Budget ist und eigentlich auch, wofür sie es verwendet haben. Ist ja schließlich Ihr Steuergeld, sollten Sie auch wissen, was mit dem Geld passiert. Abschließend möchte ich eine Idee aufgreifen, die wir leider auch im Gemeinderat noch nicht ganz erreicht haben, aber auf dem Weg dorthin sind, und zwar da viele Bürgerinnen und Bürger natürlich keine Zeit haben und anderwärtige Verpflichtungen, als an Sitzungen des Bezirksrates

Bgm. Mag. Nagl betätigt die Ordnungsglocke.

Swatek:

... teilzunehmen bzw. Bezirksratssitzungen in Zukunft live zu streamen, die ÖVP ist da zusammen mit uns in Wien ein starker Partner und treibt Live-streaming in den Bezirken in Wien voran und ich würde mir wünschen, dass wir vielleicht schon in naher Zukunft Bezirksratssitzungen auch digital in Graz erleben könnten. Insoferne bitte ich um die Annahme meines Antrages (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Nirgends ist unsere Stadt so nah an den Bürgerinnen und Bürgern, wie es bei den Grazer Bezirksräten der Fall ist. Unsere Bezirksräte sind die erste Anlaufstelle für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und vertreten die bezirksbezogenen Interessen der Bevölkerung gegenüber den Organen und Einrichtungen der Stadt. Doch die Art und Weise, wie unsere Bezirksräte an die Öffentlichkeit treten, wie man als Bürgerin oder Bürger ein Anliegen an sie richten oder wie man sich über sie informieren kann, ist veraltet oder teilweise nicht existent. Die Grazer Bezirksräte leben noch im vorigen Jahrhundert und haben den Wandel rund um die Digitalisierung und die damit

einhergehende Bürgernähe verschlafen. Ein Umstand, der die Grazer Bezirksräte für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt unscheinbar und daher auch nicht greifbar macht.

Möchte man sich als Bürgerin oder Bürger über die Arbeit des jeweiligen Bezirkrates informieren, wird man online nicht fündig. Auf der Homepage der Stadt Graz findet man lediglich Informationen dazu, welche Personen ein Mandat im Bezirksrat erringen konnten und wann die nächste Sitzung des Bezirkrates stattfindet. Welche Projekte den Bezirksrat derzeit beschäftigen oder was der Bezirksrat in den letzten Wochen und Monaten erreicht hat, sucht man vergebens. Weiters fehlt es auch an grundlegenden Informationen dazu, ob dem Bezirksrat finanzielle Mittel für seine Arbeit zur Verfügung stehen und wie diese verwendet werden. Diese fehlende Online-Kommunikation der Bezirksräte machen sie für die Bürgerin oder den Bürger nicht nur völlig intransparent, sondern nehmen ihnen auch die Möglichkeit, sich mit der Arbeit des Bezirkrates zu identifizieren und damit seine Arbeit wertzuschätzen bzw. eigene Ideen und Anregungen einzubringen.

Doch selbst wenn sich Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks dazu entscheiden, ihre Ideen dem Bezirksrat mitzuteilen, gelingt dies nur mit viel Bürokratie und großer Hürde. Denn auf der Seite der Stadt Graz gibt es für das Übermitteln von Anliegen der Bürgerinnen und Bürger an den Bezirksrat nur die Möglichkeit, ein 1,3 MB großes Formular runterzuladen, dieses auszufüllen und dann per E-Mail, Post oder persönlicher Abgabe in der Servicestelle dem Bezirksrat zu übermitteln.

Es ist für die Grazer Bezirksräte längst an der Zeit, im 21. Jahrhundert anzukommen und die Vorteile einer digitalen Welt für die direkte Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern zu nutzen. Dafür muss auf der Homepage der Stadt Graz endlich der nötige Platz für unsere Bezirksräte geschaffen werden. Bezirksräte sollen die Möglichkeit bekommen, mit Blogposts oder ähnlichen Formaten für Bürgerinnen und Bürger sichtbar zu werden. Weiters müssen Bezirksräte in ihrer Arbeit endlich transparenter

werden. Dafür ist es längst an der Zeit, Protokolle der Bezirksratssitzungen und Informationen zur Verwendung des Budgets digital allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stellen. Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt sollen mit ihren Ideen nicht mehr von veralteten, bürokratischen Offline-Formularen abgeschreckt werden, sondern stattdessen eine einfache und schnelle Form der Kommunikation mit digitalen, in die Homepage eingebundenen Web-Formularen erhalten.

Zeit ist es auch für Sitzungen der Bezirksräte ins 21. Jahrhundert einzutauchen. Nicht jeder Bürgerin oder jedem Bürger ist es aufgrund anderer Verpflichtungen möglich, an Sitzungen des Bezirkrates teilzunehmen. In einer Zeit, in der jeder von uns mit nur einem kurzen Knopfdruck auf unseren Smartphones live Bilder und Ton ins World Wide Web überträgt, wird es auch für die Verwaltung und Politik Zeit, diesen technologischen Fortschritt beim Schopf zu packen und Sitzungen des Bezirkrates Bürgerinnen und Bürgern per Live Stream und On-Demand zur Verfügung zu stellen.

Daher stelle ich im Sinne eines modernen Bezirkrates des 21. Jahrhunderts gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, Bezirksräte durch mehr Transparenz und die Nutzung des technologischen Fortschritts fit für das 21. Jahrhundert zu machen.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob auf der Webpräsenz der Stadt Graz im Bereich der Bezirksvertretungen ein Platz für die Veröffentlichung von eigenen Inhalten der Bezirksräte - wie etwa Blogposts - erstellt werden kann, um Bürgerinnen und Bürgern Einblick in die Arbeit des Bezirkrates zu ermöglichen.*

3. *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob auf der Webpräsenz der Stadt Graz im Bereich der Bezirksvertretungen ein Platz für ein modernes, digitales Web-Formular eingefügt werden kann, welches es Bürgerinnen und Bürgern bürokratie- und hürdenlos ermöglichen soll, Ideen und Anregungen an den Bezirksrat zu richten.*
4. *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob Sitzungen des Bezirksrats per Livestream und Video on Demand Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden können.*
5. *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob die Geschäftsordnung für Bezirksräte*
 - a) *um eine digitale Veröffentlichung der Protokolle der Sitzungen des Bezirksrats im Sinne des Motivtextes erweitert werden kann.*
 - b) *um eine digitale Veröffentlichung der dem Bezirksrat zustehenden finanziellen Mittel samt einer Rechenschaft über diese Verwendung erweitert werden kann.*

GR Sippel:

Herr Bürgermeister, lieber Antragsteller. Von der direkten Demokratie zur Bezirksdemokratie. Ein Anliegen, das nicht ganz neu ist, das du da hier heute vorbringst. Wir sind ja da am Arbeiten. Was die Bezirksdemokratie insgesamt betrifft, muss man sagen, es ist insgesamt mit den Grazer Bezirken sehr ambivalent. Auf der einen Seite haben wir 17 Bezirke in Graz, die historisch gewachsen sind, teilweise tatsächlich schon hunderte von Jahren alt, andere sind erst später dazugekommen durch Eingemeindungen. Und da ist es natürlich schon auch zu berücksichtigen, dass wir in einer Stadt mit 300.000 Einwohnern, 17 auch so Verwaltungseinheiten haben. Man nehme sich Berlin her. Berlin hat fünf Millionen Einwohner und zwölf Bezirke.

Auch Linz, in einer ähnlichen Größe wie Graz, sie hat fünf Stadtteile. Also das heißt, wir haben da natürlich schon eine Herausforderung zu meistern, die auch alle Parteien betrifft, weil neben den Gemeinderatswahlen gibt es auch Bezirksratswahlen. Das heißt, da muss man auch organisatorisch einiges bewerkstelligen. Nichtsdestotrotz ist es etwas Positives, dass wir diese Bezirke haben. Weil ich bin der Meinung, wir sollten diese Bezirksidentität noch viel weiter ausbauen und deshalb bin ich auch froh, dass wir seitens der Stadtplanung darangehen, auch Bezirkszentren beispielsweise aufzuwerten. Warum soll nicht in Mariatrost, warum soll nicht in Straßgang auch ein Zentrum sein, wo dann Mariatrost oder der Straßganger sagen kann, ja, mit dem kann ich mich identifizieren, weil Identifikation bringt dann letztlich auch mehr Beteiligung, bringt mehr Einsatz für den Bezirk selbst. Also das heißt, das ist natürlich ambivalent. Es laufen aber derzeit viele Ideen und Maßnahmen, wie man insgesamt die Bezirksdemokratie aufwerten, wir sind da auch auf Klubobleute-Ebene dran, dass darf man ja nicht vergessen. Wir debattieren seit langem, ob man auch nicht das Bezirksbudget aufwerten, also ich halte das für eindeutig zu wenig, dann 50 Cent pro Einwohner aufzuwenden, sondern das können wir erhöhen auf einen Euro oder mehr, damit die Bezirksräte auch tatsächlich ein bisschen mehr Spielraum bekommen. Wir können auch darüber nachdenken, dass man eine Berichtspflicht seitens der Ämter einführen, warum dauern viele Antworten so lange, das bringt ja auch viele ehrenamtliche Bezirksräte zur Verzweiflung. Wir können darüber debattieren, ob nicht auch eine Bürgerfragestunde in den Bezirksräten stattfinden kann, bis hin, dass man darüber nachdenken können, unsere Geschäftsordnung im Gemeinderat so zu ändern, dass es auch Bezirksanfragen, die entsprechend unterstützt sind, auch hier im Gemeinderat gibt. Beispielsweise vorgebracht von den Bezirksvorstehern, also da gibt es jede Menge Ideen. Aber was entscheidend ist und ich glaube, da sollte man wirklich alles nach der Reihe machen, bevor wir jetzt darangehen, da neue technische Tools zu schaffen, um die Bezirksratsarbeit darzustellen, soll man, glaube ich, erstens einmal die Bezirksdemokratie aufarbeiten und zweitens dafür sorgen, dass die besser ausgestattet sind, weil mit Verlaub, das was da teilweise auch an Elaboraten ...

Bgm. Mag. Nagl betätigt die Ordnungsglocke:

GR Sippel:

...vorherrsch, das ist peinlich, da ist es fast besser, wir stellen das nicht auf irgendeine Website oder mit irgendwelchen Tools, das heißt, alles der Reihe nach. Aufwerten der Bezirksdemokratie, mehrere Ressourcen schaffen für die Bezirke und dann das auch entsprechend auf Websites etc. implementieren. Das heißt von uns, ja zu dieser Idee, aber nein zur Dringlichkeit und dann zum gegebenen Zeitpunkt auch ja zum Inhalt (*Allgem. Appl.*).

GR Piffli-Percevic:

Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, lieber Niko. Wir alle leben davon, dass die Demokratie in den Bezirken in einer modernen Weise funktioniert und das ist nicht gottgegeben gewesen, dass die Bezirksdemokratie, die Bezirksräte, die Bezirksvorsteher, -stellvertreter so auch ausgestattet dastehen, wie das heute der Falle ist. Nenne vor allem in den jüngeren Jahren die EDV-mäßige Ausstattung, die Telefonausstattung der Bezirksvorsteher, die Sprechstundenmöglichkeit in einer zeitgemäßen Form in den neuen Servicecentern, das ist eine ganz andere Atmosphäre, eine moderne. Ich möchte bei dieser Gelegenheit hinweisen, die moderne Architektur ist ein ganz wichtiger Punkt bei der Integration, wenn wir an die Schulen denken. Wir müssen in zeitgemäßer Form beim Bürger auch raumausstattungsmäßig in Erscheinung treten. Hier ist sehr viel geschehen. Nochmals, Sprechstunden und Handy sind ein ganz wichtiges Werkzeug dafür. Ich komme auch zu den Straßenbahnermäßigungen oder Freifahrten für die Bezirksräte. Stellen wir unser Licht nicht unter den Scheffel. Wir haben einiges getan, es ist weiter noch viel zu tun. Wir müssen sie am Stand der Zeit halten. Da stimme ich mit allen Antragstellern und Vorrednern überein. Allerdings, wir müssen auch die gesetzlichen Bestimmungen einhalten und wir haben schon einige Anträge von dir

auch, was Veröffentlichungen, Videoübertragungen, Live-Streams vom Gemeinderat beinhaltet hat, das ist aufgrund der Gesetzeslage so nicht möglich. Wir werden, und das sage ich für meine Fraktion zu, auch z. Bsp. in der Klubobleutekonferenz, unsere Klubobfrau bringt sich da sehr aktiv ein, die Dinge, die Anregungen weiterentwickeln, auch der Herr Bürgermeister hat hier immer seine Unterstützung zugesagt und hier sind neue Konzepte in Arbeit. Der harte Kern dessen, was du in einigen Punkten sagst, ist rechtlich einfach derzeit nicht möglich. Daher können wir auch der Dringlichkeit in dieser Form nicht zustimmen. Wir erwarten eine konstruktive Zugewandtheit von allen Fraktionen. Es muss dann auch ein gemeinsames Paket zum Zeitpunkt x geschnürt werden, das werden wir alles mit unserer vollen Kraft unterstützen (*Allgem. Appl.*).

GR Ehmann:

Herr Bürgermeister, geschätzte KollegInnen der Stadtregierung, KollegInnen im Gemeinderat, lieber Antragsteller, lieber Niko. Weil man schon bei Formulierungen heute debattiert hat, das halte ich auch nicht für ganz glücklich, wenn man Bezirksrätinnen und Bezirksräte im vorigen Jahrhundert titulierte, weil immerhin haben wir sehr viele Bezirksrätinnen und Bezirksräte, die hier ehrenamtlich für die Stadt Graz tätig sind und das sollte man dann vielleicht in der Formulierung zumindest klarstellen, was gemeint ist. Ich weiß, du meinst das Gremium (*Allgem. Appl.*), das könnte auch missverstanden werden. Ich glaube nämlich, dass die Aufwertung der Bezirksratsgremien und der Aufgabe der BezirksvorsteherInnen und Bezirksvorsteher-StellvertreterInnen, BezirksrätInnen, wo ich ja selber war, ich durfte alle diese Stationen schon durchlaufen und habe da viel mitnehmen können, es ist eine harte Arbeit auf jeden Fall und dass man das aufwerten sollte, da bin ich auch dafür. Weil Prellböck für das Rathaus sollten die Bezirke nicht sein und das wird manchmal, glaube ich, da missverstanden. Aber die technische Ausstattung, ja, also ich glaube, dass zumindest jeder und jede per Mail, per Telefon oder sonstwie erreichbar ist, also die Zeiten von Wählscheiben im Bezirksamt sind vorbei. Da hat der Gerald Haßler noch so gearbeitet, aber das ist auch schon eine Zeitlang her. Der hat dann auch schon ein

modernes Telefon gehabt zum Schluss (*lacht*). Aber, wie gesagt, also natürlich kann man da immer noch mehr tun, auch an der Transparenz von der Öffentlichmachung, auch was Anträge etc. betrifft, kann man mehr tun. Da werden wir bei der Weiterentwicklung natürlich mitarbeiten. Viele Ideen sind ja von unseren BezirksvorsteherInnen schon eingebracht worden und wir werden uns da sicher auf ein Gesamtpaket miteinander alle einigen. Wir brauchten heute jetzt bald demnächst, denn weil vor dem Sommer haben wir die letzte gehabt, eine Klubobleutekonferenz. Dass wir wirklich diese Themen, und da gibt es eine größere Agenda mittlerweile, dass wir diese Themen dann wirklich da mitnehmen und besprechen.

Bgm. Mag. Nagl betätigt die Ordnungsglocke.

Ehmann:

Aber wir werden auch deinen Antrag, die Dringlichkeit, auch den Inhalt unterstützen, weil es einfach eine gute Sache ist und, wie gesagt, Bezirksrätinnen und Bezirksräte arbeiten nicht mehr mit Schiefertafeln, sondern die haben auch schon E-Mail und so Sachen, also ganz so dramatisch ist es nicht, wie es die Darstellung ist und von der Verknappung her, weil der Armin, das angesprochen hat, dass Städte mit wenigen Stadtteilen teilweise auskommen. Ich erinnere, die Zusammenführung der Bezirksämter war auch nicht immer das Gelbe vom Ei. Also die Modernisierung, ja, auf jeden Fall. Aber ich glaube, dass die Vor-Ort-Betreuung trotzdem eine gute Sache war, in den Bezirken vor Ort direkt unmittelbar bei den Anrainerinnen und Anrainer zu sein. Danke (*Allgem. Appl.*).

Swatek:

Vielleicht abschließend. Ich weiß nicht, warum man sich da so auf den Tools aufhängt und von Telefonen und anderen innovativen Gegenständen spricht. Weil mein Antrag

ja im Grunde genommen eigentlich von Kommunikation handelt, nämlich, wie kommunizieren die Bezirksratsgremien mit den Bürgerinnen und Bürgern und wie können die einzelnen Bürgerinnen und Bürger mit den Bezirksräten kommunizieren? Und geht es nicht wirklich darum, ob man jetzt Telefone hat oder nicht, sondern da geht es darum, wie man sich offline und online präsentiert, vor allem digital hier der Schwerpunkt gesetzt wurde in meinem Antrag. Und da möchte ich die Bezirksidentität von Herrn Kollegen Sippel aufnehmen, und zwar ich glaube, man kann sich nur mit etwas identifizieren, wenn man es auch sieht und wenn es für einem spürbar ist. Und wenn ich auf die Homepage der Stadt Graz gehe und wie gesagt, bitte, machen Sie es einfach selber dort, versuchen Sie sich über die Bezirksräte zu informieren und keine Informationen erhalten, dann kann ich mich damit nicht identifizieren. Und im Grunde genommen geht es in meinem Antrag nur um das, nämlich, dass wir als Stadt endlich hergehen und den Werbeauftritt der Bezirksräte uns ansehen und ins 21. Jahrhundert führen. Nämlich eigentlich einfach nur digital online darstellen, hergehen und draufschreiben, was machen die einzelnen Bezirksräte. Den Bezirksräten die Möglichkeit geben, einzelne Beiträge selber zu verfassen, um ihre Arbeit vor Ort auch online zu verkaufen und abschließend noch Gesetzeslage, ja das trifft vielleicht auf den Live Stream zu, wenn man sich darauf aufhängen möchte. Es ist deswegen auch eigentlich nummeriert, das heißt, man könnte gegen diese Punkte theoretisch stimmen. Man muss aber dazusagen, dass, wenn hier im Gemeinderat nicht die Initiative ergriffen wird, dass man in diese Richtung geht, wird sich an der Gesetzeslage in den nächsten Jahren auch nichts ändern und irgendwann einmal muss man einen Strich ziehen und sagen, jetzt gehen wir voran und gehen diese Thematiken an. Also ich danke allen, die dafür zustimmen und hoffe, dass die, die nicht zustimmen, vielleicht im Hintergrund, im Hinterzimmer weiter darauf schauen, dass vielleicht irgendwann einmal bei den Bezirksräten auch etwas weitergeht (*Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl:**

Somit haben wir alle dringlichen Anträge abgearbeitet.

Meine geschätzten Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie, darf mich bei Ihnen bedanken für Ihr Interesse und für das Zuhören. Wir kommen dann zum vertraulichen Teil und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und ich darf unsere Mitarbeiter bitten, die Galerie zu räumen.